

Ausgezeichnete Praxisbeispiele

Klimaaktive Kommune 2017

Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums
und des Deutschen Instituts für Urbanistik



Impressum

Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Klimaaktive Kommune 2017 – Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)

Diese Veröffentlichung wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Das Wettbewerbsteam des Difu: Cornelia Rösler (Projektleitung), Anna Hogrewe-Fuchs, Anna-Kristin Jolk, Dina Lieder, Marco Peters, Maja Röse, Ulrike Vorwerk

Konzept: Anna Hogrewe-Fuchs

Redaktion: Anna Hogrewe-Fuchs, Sigrid Künzel, Ulrike Vorwerk

Textbeiträge: Birgit Baindl, Bärbel Busch, Annette Göddertz, Dr. Barbara Hendricks, Peter Hilgers, Anna-Kristin Jolk, Bernd Kunz, Michael Maas, Marco Peters, Elena Plank, Maja Röse, Manuela Schöne, Alois Schötz, Achim Siehl, Ulrike Vorwerk, Professor Martin zur Nedden

Gestaltung: 6grad51–Büro für visuelle Kommunikation

Alle Rechte vorbehalten.

Gefördert durch: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu),
Auf dem Hunnenrücken 3, 50668 Köln

Köln 2018

Inhalt

4	Vorwort Bundesumweltministerium Dr. Barbara Hendricks
5	Vorwort Difu Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden
6	Der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“

12 Die Preisträger der Kategorie 1: Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation

14	Landkreis Oldenburg: Klimaallianz in der Landwirtschaft
20	Stadt Neuötting: Gut kombiniert – erneuerbarer Strom trifft Lärmschutz
26	Region Bergisches Land: Beratung und Vernetzung im Bergischen Energiekompetenzzentrum

.....

32 Die Preisträger der Kategorie 2: Klimaanpassung in der Kommune

34	Stadt Neuss: Stadtentwicklung im Wandel – Klimaanpassung planen und umsetzen
40	Stadt Pirmasens: Klimaanpassung durch Überflutungsvorsorge – individuelle Maßnahmen realisieren
46	Landschaftsverband Rheinland: Konsequente Dachflächenbegrünung zur Anpassung an den Klimawandel

.....

52 Die Preisträger der Kategorie 3: Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen

54	Ortsgemeinde Schnorbach: Förderprogramm bringt Energieeinsparung im ganzen Dorf
60	Universitätsstadt Marburg: Klimaschutzbecher to go
66	Landkreis Fürstentum: Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren

72	Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung
74	Bildnachweis

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für
Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit



Der Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben der Menschheit. Denn wenn die Treibhausgasemissionen weiter wie bisher steigen, dann könnte es in den kommenden 100 Jahren zu einem katastrophalen Temperaturanstieg von bis zu fünf Grad Celsius kommen. Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Bereits heute sind Folgen des Klimawandels in vielen Regionen spürbar: Vermehrte Extremwetterereignisse, rapide schmelzende Gletschergebiete oder Veränderungen ganzer Ökosysteme sind Symptome, die wir nicht ignorieren dürfen. Aus diesem Grund sind internationale Übereinkommen, wie das Pariser Klimaschutzabkommen aus dem Jahr 2015, von so großer Bedeutung. Nur so können wir das Ziel erreichen, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Bei der 23. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Bonn kamen im November 2017 insgesamt 22.000 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft aus aller Welt zusammen. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass dort erfolgreich über die weitere Umsetzung des Pariser Abkommens und gemeinsam über Handlungsschritte verhandelt werden konnte.

In Deutschland sind die Städte, Gemeinden und Landkreise in besonderem Maße gefragt, um die nationalen Klimaschutzziele umzusetzen und da-

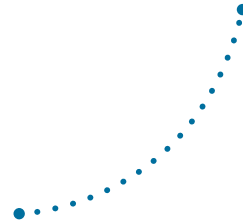
mit zur Erreichung der Ziele von Paris beizutragen. Wie umfassend ihre Aktivitäten bereits sind, spiegelt sich in der großen Bandbreite der eingereichten Projekte beim Wettbewerb „Klimaktive Kommune 2017“ wider. Diese reichen von Energieeinspar- und Effizienzmaßnahmen über Motivationskampagnen bis hin zu Akteur übergreifenden Netzwerken.

Den neun Gewinnerkommunen gratuliere ich ganz herzlich! Sie haben auf besonders vorbildliche Weise gezeigt, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene gelingt. Sie sind Leuchttürme und motivieren zur Nachahmung. Alle Kommunen möchte ich ermutigen, ihre Anstrengungen für den Schutz des Klimas engagiert und bestimmt weiterzuverfolgen. Wenn wir weiterhin so viele große wie auch kleine Schritte unternehmen, dann bin ich zuversichtlich, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen.

Dr. Barbara Hendricks

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

Wissenschaftlicher Direktor
und Geschäftsführer Deutsches
Institut für Urbanistik gGmbH



Erfolgreicher Klimaschutz braucht aktive Kommunen. Zentrales Element der Wirkungskette zur Minderung der Treibhausgasemissionen sind die Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie leisten vor Ort aktive Beiträge für den Klimaschutz und nehmen damit eine Vor- und Leitbildfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren ein. Dabei sind die kommunalen Aktivitäten zur Erreichung der eigenen und damit auch der nationalen und internationalen Klimaschutzziele breit gefächert: von „handfesten“ Maßnahmen zur Energieeinsparung und der Förderung regenerativer Energien über Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen bis hin zu strategischen Vernetzungsangeboten oder eigenen Förderprogrammen.

Der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ gibt den Kommunen die Möglichkeit, sich mit ihren erfolgreichen Projekten einer Fachjury zu stellen

und sich für ihre Anstrengungen zu belohnen. 2017 nahmen 102 Städte, Gemeinden und Landkreise am Wettbewerb teil, den das Bundesumweltministerium gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden ausrichtet. Jeder einzelne eingesendete Beitrag verdeutlicht, wie couragiert und entschieden sich Kommunen deutschlandweit für den Schutz des Klimas und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels einsetzen. Für dieses Engagement und die Teilnahme am Wettbewerb bedanke ich mich sehr.

Allen Gewinnerkommunen gratuliere ich ganz herzlich und hoffe, dass die Auszeichnung neben Anerkennung zugleich auch Ansporn ist, die eigenen Klimaschutzbemühungen konsequent fortzusetzen. Erfolgreicher Klimaschutz beginnt mit kommunalen Aktivitäten, die sich bis auf die internationale Ebene auswirken. In diesem Sinne möchte ich alle Städte, Gemeinden und Landkreise ermutigen, weiterhin klimaaktiv zu sein.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

Der Wettbewerb Klimaaktive Kommune 2017



Kommunales Klimaengagement steckt an: 102 Städte, Gemeinden und Landkreise haben sich 2017 mit vorbildlichen und eindrucksvollen Projekten beim bundesweiten Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ beworben. Dieser wurde vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden bereits zum neunten Mal ausgerufen (bis 2015 Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“). Von Anfang Februar bis einschließlich 15. April 2017 konnten die Kommunen ihre Beiträge in drei Kategorien einreichen: In Kategorie 1 standen kommunale Klimaprojekte durch Kooperationen im Fokus, Kategorie 2 richtete sich an Projekte aus dem Bereich „Klimafolgenanpassung“ und in Kategorie 3 wurden kommunale Klimaaktivitäten gesucht, mit denen die Menschen vor Ort zum Mitmachen motiviert werden.



Verteilung der Bewerbungen auf die einzelnen Bundesländer



Die Parlamentarische Staatssekretärin, Rita Schwarzelühr-Sutter, überreicht die Auszeichnungen



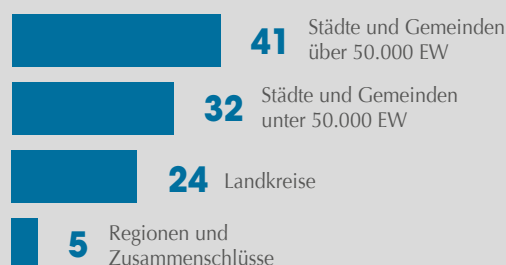
Moderator Sven Plöger interviewt VKU-Geschäftsführerin Katherina Reiche

Eine fünfköpfige Jury – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesumweltministeriums, des Umweltbundesamtes und der kommunalen Spitzenverbände – kürte schließlich drei gleichrangige Gewinner in jeder Kategorie. Neben viel öffentlicher Präsenz – durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen und Kurzfilme über ihre Projekte – erhielten die Gewinnerkommunen jeweils ein Preisgeld von 25.000 Euro. Mit dem gewonnenen Geld stoßen die siegreichen Städte, Gemeinden und Landkreise weitere Klimaschutzaktivitäten vor Ort an.

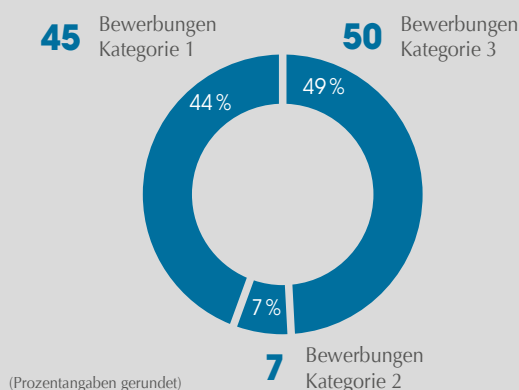
Prämierung auf der Jubiläums-Konferenz

Die 10. Kommunale Klimakonferenz – die am 22. und 23. Januar 2018 im dbb-Forum in Berlin stattfand – bot einen passenden Rahmen zur Auszeichnung der Gewinnerkommunen im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“. Die Preise übergab die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter – gemeinsam mit Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetages; Georg Huber, Vorsitzender des Umweltausschusses des Deutschen Landkreistages; Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt im Deutschen Institut für Urbanistik. Schwarzelühr-Sutter betonte die Bedeutung des kommunalen Engagements: „Der Wettbewerb zeigt erneut, dass Kommunen und Regionen eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz und der Klimaanpassung einnehmen. Die ausgezeichneten Städte und Gemeinden nehmen dabei eine Vorbildfunktion ein.“

Die Verteilung der Bewerbungen nach Gemeindestatus und Größe



Die Verteilung der Bewerbungen auf die Kategorien



Kategorie 1 Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation

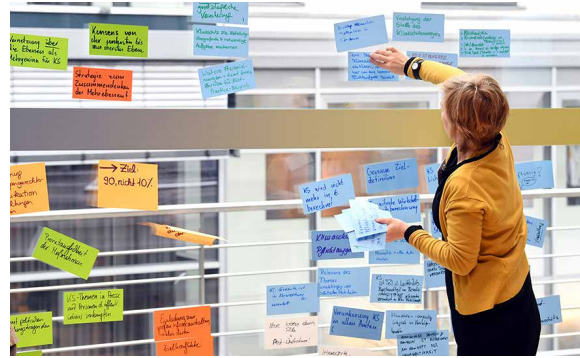
Kategorie 2 Klimaanpassung in der Kommune

Kategorie 3 Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen



Pro oder contra? Abstimmung im Plenum

Die Jubiläums-Klimakonferenz stand unter dem Motto „Akteure im kommunalen Umfeld – Partner, Vorbilder und Impulsgeber“. Neben dem Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ stand vor allem die Zusammenarbeit von Kommunen mit zentralen Akteursgruppen, die für die Klimaaktivitäten vor Ort von großer Bedeutung sind, im Fokus der Konferenz. Der Blick richtete sich insbesondere auf Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Bildungseinrichtungen, die als Partner, Vorbilder und Impulsgeber zur Erreichung der bundesweiten Klimaschutzziele beitragen. Neben den kommunalen Spitzenverbänden war dieses Mal auch der



Kreative Ergebnispräsentation

Verband Kommunalen Unternehmen (VKU) Kooperationspartner der Veranstaltung.

Ein zentrales Anliegen der Konferenz ist es, kommunale Praxisbeispiele vorzustellen, die anderen Kommunen Impulse liefern, sie anleiten und motivieren, selbst klimaaktiv zu werden. Dies gilt auch für die vorliegende Veröffentlichung, in der die Gewinnerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2017“ mit ihren vorbildlichen Projekten ausführlich präsentiert werden. So kann aus einer Idee heraus vielleicht der Anstoß für das Gewinnerprojekt von morgen entstehen.

Die Jurymitglieder

Dr. Torsten Mertins,
Deutscher Landkreistag

Dr. Peter Pichl,
Umweltbundesamt

Detlef Raphael,
Deutscher Städtetag

Dörte Ratzmann,
Bundesumweltministerium

Lukas Schütz,
Deutscher Städte- und Gemeindebund



Gewinner des Wettbewerbs 2017



Kategorie 1 – Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation



Vorbildlich realisierte Klimaprojekte, die Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation mit verschiedenen Akteuren in der Kommune und/oder mit anderen Kommunen sind. Relevant sind insbesondere die Resultate der Zusammenarbeit, wie z. B. Mobilitätsvorhaben, Bauprojekte oder Beratungsangebote.

Gewinner und Gratulanten

v.l. Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Monika Lichtinghagen-Wirths, Geschäftsführerin Bergischer Abfallwirtschaftsverband; Peter Haugeneder, Erster Bürgermeister der Stadt Neuötting; Carsten Harings, Landrat des Landkreises Oldenburg; Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistages; Cornelia Rösler, Leiterin Bereich Umwelt des Deutschen Instituts für Urbanistik; Sven Plöger, Moderator

Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistages, gibt die Gewinner der Kategorie 1 bekannt



Kategorie 2 – Klimaanpassung in der Kommune



Erfolgreiche kommunale Ansätze, die das Querschnittsthema Klimaanpassung vor Ort voranbringen, z. B. konkrete Maßnahmen, fachübergreifende Strategien oder Modellprojekte. Dabei sind auch Synergien von Klimaschutz und Klimaanpassung wünschenswert.

Gewinner und Gratulanten

v.l. Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Ulrike Lubek, Direktorin des Landschaftsverbands Rheinland; Dr. Bernhard Matheis, Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens; Reiner Breuer, Bürgermeister der Stadt Neuss; Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetags; Cornelia Rösler, Leiterin Bereich Umwelt des Deutschen Instituts für Urbanistik; Sven Plöger, Moderator

Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetags, gibt die Gewinner der Kategorie 2 bekannt



Kategorie 3 – Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen



Erfolgreich umgesetzte Aktionen, um Menschen vor Ort zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und/oder Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu motivieren, z. B. kommunale Kampagnen oder spezifische Angebote.

Gewinner und Gratulanten

v.l. Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Thomas Karmasin, Landrat des Landkreises Fürstentum; Wieland Stötz, Bürgermeister der Stadt Marburg; Bernd Kunz, Bürgermeister der Ortsgemeinde Schnorbach; Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Cornelia Rösler, Leiterin Bereich Umwelt des Deutschen Instituts für Urbanistik; Sven Plöger, Moderator

Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, gibt die Gewinner der Kategorie 3 bekannt



Die Preisträger der

Kategorie 1

Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation

Vorbildlich realisierte Klimaprojekte, die Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation mit verschiedenen Akteuren in der Kommune und/oder mit anderen Kommunen sind.

Relevant sind insbesondere die Resultate der Zusammenarbeit, wie z. B. Mobilitätsvorhaben, Bauprojekte oder Beratungsangebote.



Landkreis Oldenburg: **Klimaallianz in der Landwirtschaft**

Projekt	Zusammenschluss des Landkreises Oldenburg mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kreislandvolkverband Oldenburg für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft
Ziele	Information und Motivation von landwirtschaftlichen Betrieben zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen
Kooperationspartner	Zentrale Kooperationspartner sind die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und der Kreislandvolkverband Oldenburg e.V., weitere Projektbeteiligte sind 19 teilnehmende Betriebe, die Molkerei Ammerland sowie sechs weitere Ortslandvolkverbände
Zeitraumen	Oktober 2015, fortlaufend
Angebot	Kostenfreie Informationsveranstaltungen sowie individuelle Beratungen mit Klimabilanzen und Maßnahmenvorschlägen für landwirtschaftliche Betriebe in der Region
CO ₂ -Vermeidung	Ca. 1.500 Tonnen CO ₂ -Äquivalente/Jahr

Stadt Neuötting: **Gut kombiniert – erneuerbarer Strom trifft Lärmschutz**

Projekt	Kooperative Entwicklung und Umsetzung einer Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaik-Anlage in Neuötting
Ziele	Schutz vor Verkehrslärm kombiniert mit der Gewinnung regenerativer Energie, ohne zusätzlichen Flächenverbrauch
Kooperationspartner	EnergieGenossenschaft Inn-Salzach EGIS eG, MaxSolar GmbH, R. Kohlhauser GmbH, Beck Lärmschutz GmbH, örtlicher Elektriker
Zeitraumen	Februar 2014 bis September 2016
Angebot	Gemeinsame Umsetzung und Finanzierung einer neuartigen Photovoltaik-Lärmschutzwand der Stadt zusammen mit der örtlichen Energiegenossenschaft
CO ₂ -Vermeidung	Ca. 30 Tonnen CO ₂ /Jahr

Region Bergisches Land: **Beratung und Vernetzung im Bergischen Energiekompetenzzentrum**

Projekt	Bündelung von Know-how und Angeboten zum Thema Klima- und Ressourcenschutz in einem Kompetenz-, Lern- und Innovationsort
Ziele	Netzwerkarbeit, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit unterschiedlicher Projektbeteiligter sowie Information und Beratung verschiedener Zielgruppen zu den Themen erneuerbare Energien, Klimaschutz und Ressourcenmanagement
Kooperationspartner	Oberbergischer und Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergischer Abfallwirtschaftsverband, Technische Hochschule Köln, Leverkusen und weitere 59 Kommunen in der Region Köln/Bonn, Kreishandwerkerschaft Bergisches Land, Kreissparkasse Köln, VR Banken Bergisches Land, Landesbetrieb Wald und Holz NRW u.v.m.
Zeitraumen	Seit September 2011
Angebot	Dauerausstellung für erneuerbare Energie, Energieeffizienz und energetische Gebäudesanierung für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen; Energieberatungen; Tagungsort für Veranstaltungen und Weiterbildungen; Informations- und Vernetzungszentrum, Lehr- und Forschungszentrum; Freizeitangebote u.v.m.

Klimaallianz in der Landwirtschaft



Landkreis Oldenburg

Niedersachsen
Einwohnerzahl ca. 130.000

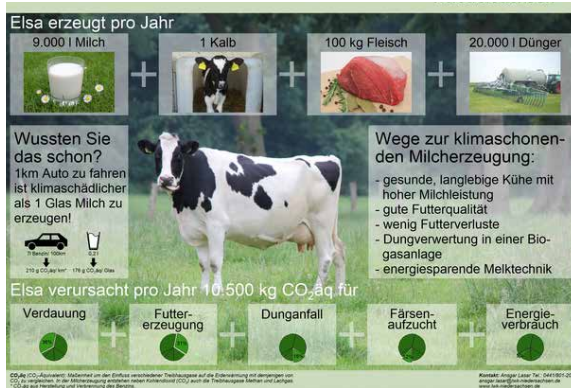


Ihre Ansprechpartnerin zum Projekt

Manuela Schöne
Landkreis Oldenburg
Klimaschutzmanagerin

Telefon 04431 85559
E-Mail klimaschutz@oldenburg-kreis.de

Klimaschutz in der Agrarwirtschaft fördern



Kuh Elsa und ihre Klimabilanz



Infoveranstaltung zum Klimaschutz

Mit der „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ hat der Landkreis Oldenburg ein Bündnis ins Leben gerufen, das den Klimaschutz speziell in landwirtschaftlichen Betrieben voranbringen möchte. Durch eine Kombination aus Informationsveranstaltungen und individuellen Beratungen sollen Landwirtinnen und Landwirte aktiv zur Reduktion von Treibhausgasen motiviert werden.

Gerade in Niedersachsen macht der Landwirtschaftssektor mit 27 Prozent einen großen Teil der gesamten Treibhausgasemissionen aus und bietet somit ein enormes Einsparpotenzial. Dieses Potenzial hat der Landkreis Oldenburg erkannt und im Jahr 2015 zusammen mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kreislandvolkverband Oldenburg die „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ gegründet. Schnell folgten weitere Partner und vor allem viele interessierte Betriebe. Ein Hauptargument, um die Landwirtinnen und Landwirte zum Mitmachen zu motivieren, ist neben dem Umweltgedanken die Reduzierung von Betriebskosten.

Gemeinsam erarbeiteten sie als „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ ein Konzept, das die Landwirtinnen und Landwirte in der Region zum Thema Klimaschutz informieren und gezielt beraten sollte.

Seit Ende 2015 werden entsprechende Veranstaltungen und Vorträge für landwirtschaftliche Betriebe angeboten, um zunächst einen Überblick über die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels zu geben und Interesse für das Thema zu wecken. Dazu haben sich sechs landwirtschaftliche Verbände dem Projekt angeschlossen, die die Organisation der Fachvorträge und -veranstaltungen übernehmen: drei Ortslandvolkverbände, ein Landfrauenverband, ein Beratungsring und ein Verein ehemaliger Landwirtschaftsschülerinnen und -schüler.

Flankiert wird das Angebot seit Anfang 2016 durch kostenfreie, individuelle Beratungen für die Landwirtinnen und Landwirte im Landkreis Oldenburg. Ziel ist es, konkrete Maßnahmen aufzuzeigen, mit

Emissionen und Kosten reduzieren

Die Idee zu dem Bündnis und den spezifischen Angeboten für den Agrarsektor entwickelte der Landkreis 2014 bei der Erstellung seines integrierten, vom Bundesumweltministerium geförderten Klimaschutzkonzepts im Rahmen von Workshops zum Handlungsfeld „Klimaschutz und Landwirtschaft“. Mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kreislandvolkverband Oldenburg konnte er wichtige Mitstreiter und Multiplikatoren gewinnen.



Klimaschutzkonzept als Startschuss



Einsparpotenziale in der Viehwirtschaft

Klares Ziel:
Treibhausgasemissionen in
der Landwirtschaft
signifikant reduzieren

denen sie ihren eigenen Betrieb klimafreundlicher und häufig auch effizienter bewirtschaften können. Um möglichst viele Landwirtinnen und Landwirte für das Angebot der Klimaallianz zu gewinnen, holte der Landkreis eine große Molkerei als Kooperationspartner und Multiplikator mit ins Boot. Sie machte gezielt Werbung, indem sie ihre landkreisweiten Mitgliedsbetriebe zur Teilnahme aufrief.

Auch die anderen Kooperationspartner unterstützten intensiv die Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt und informierten regelmäßig durch Publikationen und digitale Medien über die Vorträge und Veranstaltungen. Darüber hinaus veröffentlichte die lokale Presse regelmäßig Artikel zu dem Angebot der Klimaallianz. Auch in der sogenannten Klimarunde des Landkreises, in der alle kreisangehörigen Gemeinden mit einer Klimaschutz-Ansprechpartnerin oder einem -Ansprechpartner vertreten sind, wurde ausführlich über das Projekt berichtet und die Ergebnisse wurden diskutiert.

Individuelle Klimabilanzen und Maßnahmen

Nach der Teilnahme an den Informationsveranstaltungen können interessierte Betriebe Vor-Ort-Beratungen in Anspruch nehmen. Beide Angebote sind für die Landwirtinnen und Landwirte kostenfrei.

Die Vor-Ort-Termine führen geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer in den Agrarwirtschaftsbetrieben durch. Basis ist die Erstellung einer individuellen Klimabilanz, die mithilfe eines speziellen Tools auf Grundlage eines bundesweit abgestimmten Berechnungsstandards für einzelbetriebliche Klimabilanzen in der Landwirtschaft erstellt wird. Ein Vergleich der eigenen Werte mit den Bilanzen anderer Betriebe gibt den beteiligten Landwirtinnen und Landwirten einen



Klimafreundliche Futtermittel

ersten Eindruck darüber, wie hoch die Treibhausgasemissionen im Durchschnitt ausfallen und wie groß das realisierbare Einsparpotenzial ist.

Nach einem gemeinsamen Rundgang durch den Betrieb werden in einem Beratungsgespräch konkrete Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung der Emissionen vorgestellt. Die Ergebnisse aus den Beratungen zeigen, dass besonders die Betriebszweige Tierhaltung, Pflanzenbau und Biogasgewinnung klimafreundlicher unterhalten werden könnten: Etwa durch die zeitnahe Einarbeitung von Gülle in den Boden, durch Fütterung mit zertifiziertem Soja oder durch die Anschaffung effizienterer Geräte können teils mit sofortiger Wirkung die betrieblichen Emissionen in erheblichem Maße reduziert werden.

Rund 1.500 Tonnen weniger Treibhausgasemissionen

Im Jahr 2016 hat die „Klimaallianz“ sechs Informationsveranstaltungen mit insgesamt rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angeboten und 19 Betriebe im Landkreis für einzelbetriebliche Klimabilanzen und Beratungen gewinnen können.



Klimaberatung im Betrieb



Allianzen bilden

Die bisherigen Ergebnisse können sich sehen lassen: Wenn die erarbeiteten Handlungsempfehlungen vor Ort umgesetzt werden, sparen die teilnehmenden Betriebe insgesamt rund 1.500 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr ein. Damit spart jeder teilnehmende Betrieb durchschnittlich 78 Tonnen pro Jahr. Um die Dimension zu verdeutlichen, ein Vergleich: Um 900 Tonnen CO₂-Äquivalent einzusparen, müssten 9.000 Haushalte ihren Stromverbrauch um 20 Prozent reduzieren. Dies verdeutlicht, wie wirksam die Umsetzung von Maßnahmen in „nur“ 19 Landwirtschaftsbetrieben ausfällt.

Der Landkreis kann durch das Projekt somit seine Treibhausgasbilanz signifikant verbessern. Er trägt die Gesamtkosten der Veranstaltungen und Vor-Ort-Termine in Höhe von rund 8.700 Euro pro Jahr. Die für die Vorträge und Beratungen zuständige Landwirtschaftskammer agiert im Auftrag des Landkreises, der Kreislandvolkverband und die regionale Molkerei unterstützen das Projekt vor allem mit Kontakten und Know-how.

Das Konzept der Kombination aus Informationsveranstaltungen und einzelbetrieblicher Klimaschutzberatung in der Landwirtschaft hat auch andere Kommunen aufmerksam werden lassen. Schließlich lassen sich viele der Maßnahmenvorschläge und Empfehlungen auch auf andere landwirtschaftliche Betriebe übertragen. Die Kooperationspartner sind daher häufig auf Veranstaltungen und Tagungen eingeladen, um das Projekt „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ zu präsentieren. Mittlerweile bekunden auch andere Bundesländer ihr Interesse.

Da im Bundesgebiet durchschnittlich acht Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft entfallen, bestehen deutschlandweit Potenziale zur Optimierung der Treibhausgasbilanz in den Agrarwirtschaftsbetrieben. Im Landkreis Oldenburg ist man sich über den Erfolg des Projekts einig, so dass der Klimaschutzbeirat des Landkreises bereits die Fortsetzung der gemeinsamen Aktivitäten beschlossen hat.

Drei Fragen an den Landrat des Landkreises Oldenburg, Carsten Harings



Welche Rolle spielt das Projekt „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Ca. 65 Prozent der Fläche des Landkreises Oldenburg werden landwirtschaftlich genutzt. Das allein zeigt schon die hohe Bedeutung von Maßnahmen, die zum Klimaschutz in der Landwirtschaft im Kreisgebiet beitragen können. Durch die Kooperation des Landkreises Oldenburg mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kreislandvolkverband Oldenburg e.V. konnte das Projekt „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ noch stärker an die landwirtschaftlichen Betriebe herangebracht werden. Durch gemeinsam organisierte Vorträge auf landwirtschaftlichen Veranstaltungen und dabei angebotenen Klimaschutzberatungen in Verbindung mit einzelbetrieblichen Treibhausgasbilanzen konnten Landwirtinnen und Landwirte für die Teilnahme am Projekt gewonnen und zu Klimaschutzmaßnahmen motiviert werden.

Wo ist der Landkreis Oldenburg noch für das Klima aktiv?

Der Landkreis Oldenburg und seine Gemeinden haben im Jahr 2014 ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellt, aus dem schon viele Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern umgesetzt worden sind. Zum Beispiel wurden erfolgreich die Beratungskampagnen „clever heizen!“ und „Solar-Check-Aktion“ für Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern durchgeführt. Durch ein auf Verhaltensänderung

ausgerichtetes Energiesparprojekt an unseren Schulen werden Schülerinnen und Schüler sowie Hausmeister- und Lehrpersonal für einen verantwortungsvollen Umgang mit Energie sensibilisiert. Begleitet wird das Projekt durch ein Controlling von Energieverbräuchen, mit dem Einsparungen bzw. Mehrverbräuche eindrucksvoll transparent gemacht werden.

Darüber hinaus wurden im Kreisgebiet im März 2017 öffentliche E-Ladesäulen installiert, um die Infrastruktur zur Förderung von E-Mobilität auszubauen. Künftig werden von kommunaler Seite auch elektrisch betriebene Bürgerautos zur Verfügung stehen.

Wie verwendet der Landkreis Oldenburg das Preisgeld von 25.000 Euro?

Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern werden wir das Projekt weiter forcieren, so dass möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe im Kreisgebiet in den Genuss einer individuellen Klimaschutzberatung kommen können. Zudem wollen wir in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen weiter nach Lösungen suchen, wie alternative Inputstoffe als Bioenergie verwertet werden, damit Biogasanlagen in unserem Landkreis noch klimafreundlicher betrieben werden können.



Das Team aus dem Landkreis Oldenburg mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l. Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistags; Ansgar Lasar, Klimabeauftragter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen; Anna-Lena Sauer, Projektmanagerin Klimaschutz, Landkreis Oldenburg; Carsten Harings, Landrat des Landkreises Oldenburg; Manuela Schöne, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Oldenburg; Jürgen Seeger, 1. Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Oldenburg e.V.; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Sven Plöger, Moderator



Die Begründung der Jury

Die „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ ist ein Zusammenschluss des Landkreises Oldenburg mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und dem Kreislandvolkverband Oldenburg, um gemeinsam die Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft signifikant zu reduzieren. Dazu werden landwirtschaftliche Betriebe in der Region kostenfrei beraten und erhalten individuelle Klimabilanzen sowie Maßnahmenvorschläge, um den eigenen

Betrieb klimafreundlich und ressourceneffizient zu bewirtschaften.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den der Landkreis Oldenburg die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Gut kombiniert – erneuerbarer Strom trifft Lärmschutz



Stadt Neuötting

Landkreis Altötting

Bayern

Einwohnerzahl ca. 8.600



Ihr Ansprechpartner zum Projekt

Alois Schötz

Stadt Neuötting

Leitung Bauverwaltung

Telefon 08671 998017

E-Mail alois.schoetz@neuoetting.de

Stadt und Energiegenossenschaft gehen neue Wege



Engagierte Akteure ...



... planen und bauen gemeinsam

Mit dem Bau einer innovativen Lärmschutzwand mit integrierten Photovoltaik-Elementen geht die Stadt Neuötting neue Wege und kombiniert Schallschutz mit Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Die Idee dazu hatte die ortsansässige Energiegenossenschaft Inn-Salzach eG (EGIS eG).

Gemeinsam mit weiteren Partnern entwickelten Stadt und Energiegenossenschaft ein individuelles Konstrukt, das Lärmschutz- und Photovoltaik-Module in sich vereint. Sowohl bei der fachlichen Zusammenarbeit als auch bei der Finanzierung setzten die Beteiligten auf Synergien: Während die Stadt Neuötting für den Lärmschutz zuständig war, brachte die EGIS eG das notwendige Fachwissen für den Bau und den Betrieb der Photovoltaik-Anlage ein und beteiligte sich an den Investitionskosten.

Schall absorbieren, Strom generieren

Notwendig wurde der Bau einer Lärmschutzwand durch die Ausweisung eines neuen Baugebietes entlang der stark befahrenen Staatsstraße 2550 mit entsprechend hoher Geräuschbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner. Die günstigste Lösung wäre eine blickdichte, graue Lärmschutzwand aus Beton gewesen. Diese fand in Neuötting aber keinen Zuspruch. Für einen optisch attraktiveren, begrünten Erdwall reichte der Platz nicht aus. Die örtliche Energiegenossenschaft brachte den Vorschlag ein, den Schallschutz mit einer Photovol-

taik-Anlage zu kombinieren. Und so entstand die Idee, eine innovative Lösung zu suchen: eine Lärmschutzwand, die zugleich Solarenergie gewinnt und mit transparenten Elementen für Durchblick sorgt.

Um das ambitionierte Konzept erfolgreich umzusetzen, arbeiteten die Stadt und die örtliche Energiegenossenschaft eng zusammen. Da trotz ausführlicher Marktrecherche kein Anbieter für das gewünschte Produkt gefunden werden konnte, holte man eine regionale Fachfirma aus den Bereichen Photovoltaik und einen Experten zu Lärmschutzelementen mit an den Tisch. Gemeinsam entwickelten sie in intensiver Zusammenarbeit das neuartige Kombiprodukt. Die praktische Umsetzung – vom Bau der Schallschutzwand bis hin zur Installation der Photovoltaik-Anlage – übernahm eine weitere Fachfirma für Lärmschutzwände aus der Region. Den technischen Anschluss führte ein Elektriker vor Ort aus.



Installation der unteren Lärmschutzzone



Multifunktionale, modulare Bauweise

*Kombiprodukt bringt
Lärmschutz, Solarenergie
und viel Weitsicht*

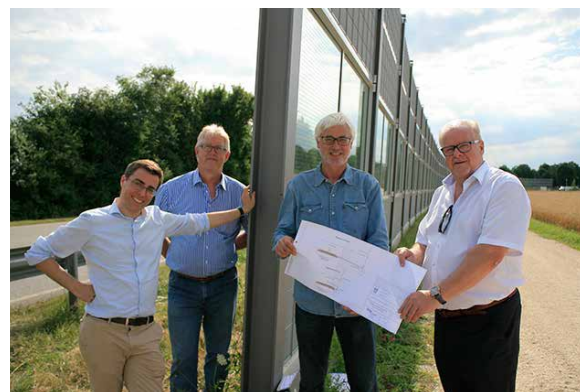
Drei Module, drei Funktionen

Insgesamt vergingen von der Idee bis zur baulichen Umsetzung nur zweieinhalb Jahre. Innerhalb von gut sechs Wochen wurde die 234 Meter lange und fünf Meter hohe Lärmschutzwand errichtet. Das Grundgerüst bildet ein Bohrpfahlfundament mit Tragpfosten, die im Abstand von vier Metern stehen. Um alle Funktionen sinnvoll und effektiv zu erfüllen, ist die Wand in drei Zonen unterteilt: Unten befindet sich ein Schall absorbierendes Gittersystem, darüber sorgt ein transparentes Element aus Acrylglas für Durchsicht, und im oberen Teil sind die Photovoltaik-Elemente angebracht, die auf der Rückseite ebenfalls mit einem akustisch wirkenden Gitterdämmnetz kombiniert sind. Für die effiziente Nutzung der Solarstrom-Module sind die Tragpfosten um fünf Grad geneigt, um somit eine bessere Ausrichtung zur Sonne zu ermöglichen.

Diese modulare Bauweise bietet viel Flexibilität: Im Falle einer Beschädigung durch Vandalismus oder Unfälle müssen nur die betroffenen Elemente ausgetauscht werden. Das ist nachhaltig und hält die Wartungskosten gering. Darüber hinaus besteht potenziell die Möglichkeit, an Stellen, an denen

die Photovoltaik unrentabel ist, Gitterdämmmodule einzusetzen.

Aber über die Rentabilität muss man sich in Neuötting bislang keine Sorgen machen: Pro Jahr werden mit der Anlage durchschnittlich rund 51.500 Kilowattstunden erzeugt. Die Genossenschaft ist für den Betrieb und die Wartung der Photovoltaik-Anlage zuständig und darf auf Basis eines Gestattungs-



Gemeinsamer Einsatz zahlt sich aus



Erneuerbare Energie als Unterrichtsthema

vertrags mit der Stadt über den gewonnenen Strom verfügen. Von Beginn an war den Projektverantwortlichen wichtig, diesen möglichst vor Ort zu nutzen. Mit der nahe gelegenen Montessori-Schule fand sich schnell ein passender Abnehmer. Damit auch die Schülerinnen und Schüler wissen, wo der Strom herkommt, zeigt ein Display in der Schule an, wie viel Strom aktuell über die Photovoltaik-Anlage bezogen wird. Darüber hinaus wird das Thema Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen in den Unterricht integriert, so ist zum Beispiel „Ökologie und Klimaschutz“ in der zehnten Klasse ein Pflichtfach. Durch einen langfristigen Vertrag und faire Preisbindung zwischen der EGIS eG als Betreiberin der Photovoltaik-Anlage und der Montessori-Schule besteht auf beiden Seiten Planungssicherheit: für die Schule über die Höhe der Stromkosten und für die Genossenschaft über die Höhe der Einnahmen.

Knapp 40 Prozent der erzeugten Strommenge wird so direkt vor Ort verbraucht. Die Überschüsse werden ins örtliche Netz eingespeist und entsprechend vergütet. Der erwartete Gewinn nach Abzug der Steuern liegt im ersten vollen Jahr bei knapp 2.600 Euro. Nach 20 Jahren werden nach konservativen Schätzungen knapp 63.000 Euro erwirtschaftet, was einer Dividende von fünf bis sechs Prozent auf das eingesetzte Kapital entspricht.

Kooperation schafft Synergien

Die Zusammenarbeit mit der EGIS eG brachte neben fachlichem Input und Know-how auch eine finanzielle Beteiligung mit sich. Die Gesamtkosten für die Photovoltaik-Lärmschutzwand betrugen 450.000 Euro. Die Energiegenossenschaft übernahm davon Kosten für die Photovoltaik-Anlage

in Höhe von 76.000 Euro und beteiligte sich mit 15.000 Euro an der Gesamtkonstruktion, was sie über die Ausgabe von Genossenschaftsanteilen und über frei verfügbare liquide Mittel finanzierte. Durch diese Ko-Finanzierung ist es gelungen, dass die Solar-Lärmschutzwand für die Stadt Neuötting weniger Kosten verursacht hat als eine Standardlösung ohne Sonnenenergienutzung.

Ein weiterer positiver Effekt ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger Anteile an der Genossenschaft und somit an der Photovoltaik-Anlage haben. Zum Teil engagieren sie sich ehrenamtlich in der Genossenschaft und waren an Entscheidungsprozessen beteiligt, was die Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung fördert. Darüber hinaus profitieren die Anteilseignerinnen und -eigner durch die Dividende aus dem Stromverkauf vom Erfolg des Projekts.

Das Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit aller Projektbeteiligten kann sich also sehen lassen: Die Photovoltaik-Lärmschutzwand in Neuötting bringt eine Win-win-Situation für alle Parteien und ist somit ein Kooperationsprojekt, das auch in anderen Kommunen Schule machen kann.



Know-how bündeln



Lärmschutz mit Durchblick

Drei Fragen an den Bürgermeister von Neuötting, Peter Haugeneder



Welche Rolle spielt das Projekt „Gut kombiniert – erneuerbarer Strom trifft Lärmschutz“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Das Projekt spielt eine sehr große Rolle und sollte Vorbild innerhalb der Kommune, aber auch darüber hinaus sein. Durch die Einbindung in den Unterricht werden schon Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert und fühlen sich durch den Verbrauch klimafreundlicher Energie direkt beteiligt. Auch die vielen positiven Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger zur Lärmschutzwand signalisieren uns, dass die Umsetzung als Erfolg auf ganzer Linie gezählt werden kann.

Wo ist Neuötting noch für das Klima aktiv?

Als Erster Bürgermeister der Stadt Neuötting habe ich die Gründung der EnergieGenossenschaft Inn-Salzach mit ihrem Sitz in Neuötting mit initiiert und anfangs auch den Vorstandsvorsitz übernommen. Inzwischen steht die Genossenschaft auf stabilen Beinen, so dass ich mich bei der letzten Vorstandswahl in den weniger arbeitsintensiven Aufsichtsrat zurückgezogen habe.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt hat die Stadt Neuötting im Rahmen der Dorferneuerung für den Ortsteil Alzgern realisiert. Hier versorgt ein hydraulischer Staudruck-Wasserheber den Dorfbrunnen und vier Wassergründe am Friedhof. Dabei wird

Quellwasser aus einem tiefer gelegenen Teich über die Fließenergie des Wassers und die Hebetechnik eines sogenannten Widders auf das Niveau der Brunnen gehoben, ohne dafür zusätzlich elektrische Energie aufwenden zu müssen. Diese besondere Hebetechnik wurde sogar mit einem Kunstwerk kombiniert. Darüber hinaus hat die Stadt Neuötting bereits im Jahr 2000 im Rathausgarten eine Photovoltaik-Anlage in Betrieb genommen.

Wie verwendet Neuötting das Preisgeld von 25.000 Euro?

Das Preisgeld werden wir für ein weiteres Klimaschutzprojekt einsetzen. Dabei ist es uns wichtig, auch hier wieder die Kompetenz und das ehrenamtliche Engagement der EGIS eG einzubinden. Aktuell planen wir, auf dem Mitarbeiterparkplatz des Rathauses Solarcarports zu errichten. Betreiber der Photovoltaik-Anlage soll die Genossenschaft sein. Der erzeugte Strom wird ins Rathaus eingespeist und dort im Eigenverbrauch genutzt. Als nächster Schritt ist hier auch eine Ladestation für ein Elektroauto für die Stadtverwaltung geplant.



Das Team aus Neuötting mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistags; Alois Schötz, Leiter des Bauamtes der Stadt Neuötting; Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG; Christoph Strasser, stv. Vorstandsvorsitzender EGIS eG; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Peter Haugeneder, Erster Bürgermeister der Stadt Neuötting; Sven Plöger, Moderator; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium



Die Begründung der Jury

Mit dem Bau einer Lärmschutzwand mit integrierten Photovoltaik-Elementen hat die Stadt Neuötting gemeinsam mit der EnergieGenossenschaft Inn-Salzach einen innovativen Weg gefunden, Klima- und Lärmschutz sinnvoll zu kombinieren, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen. Durch die enge Zusammenarbeit beider Partner konnte die 234 Meter lange Photovoltaik-Lärmschutzwand realisiert werden, die ein Neubaugebiet vor Ver-

kehrslärm schützt und eine nahe gelegene Montessori-Schule mit erneuerbarer Energie versorgt.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Stadt Neuötting die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Beratung und Vernetzung im Bergischen Energie- kompetenzzentrum



Region Bergisches Land

Oberbergischer Kreis und
Rheinisch-Bergischer Kreis

Nordrhein-Westfalen
Einwohnerzahl ca. 558.000



Ihre Ansprechpartnerin zum Projekt

Annette Göddertz
Bergisches Energiekompetenzzentrum
Leitung Kommunikation

Telefon 02263 805552
E-Mail goeddertz@bavmail.de

Zusammen stark für Klima- und Ressourcenschutz



Interdisziplinäres Teamwork



Zentrale Anlaufstelle

Das Bergische Energiekompetenzzentrum befindet sich auf dem Gelände des Projekts „:metabolon“ im oberbergischen Lindlar. Unter dem Motto „Metabolismus“, also Stoffumwandlung, wurde im Rahmen der Regionale 2010 ein Deponiegelände mit aktivem Entsorgungszentrum zu einem zukunftsweisen Kompetenz-, Lern- und Innovationsort für die Themen Stoffumwandlung, Ressourcenmanagement und Umwelttechnologie umgestaltet. Das Bergische Energiekompetenzzentrum bildet dabei seit 2011 die zentrale Anlaufstelle für Informationsvermittlung, Beratungsangebote und Netzwerkarbeit.

Der Oberbergische Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis sind die Projektträger des Bergischen Energiekompetenzzentrums und stellen in der Region Köln/Bonn mit insgesamt 59 Kommunen sowie weiteren Partnern ihre Expertise und Kontakte bereit. Ziel ist es, Klima-, Energie- und Ressourcethemen gemeinsam anzugehen, Know-how zu bündeln und einer breiten Zielgruppe Informationen und Beratungen anzubieten.

Vernetzung und Bildung mit Multiplikatorwirkung

Die Planung und Entwicklung des Bergischen Energiekompetenzzentrums übernahm der Bergische Abfallwirtschaftsverband (BAV), ein kommunaler Zweckverband unter der Trägerschaft des Rheinisch-Bergischen und des Oberbergischen Kreises. Gemeinsam mit den beiden Landkreisen und weite-

ren Partnern gründete der BAV den Trägerverein „Bergisches Energiekompetenzzentrum e.V.“ und konnte schnell weitere Mitglieder gewinnen, wie die Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskammern der Region, regionale Kreditinstitute und Unternehmen sowie Bildungseinrichtungen. Neben acht ordentlichen Mitgliedern tragen 32 Fördermitglieder zum Gelingen der Aktivitäten bei.

Zu den Aufgaben des Vereins zählt unter anderem die neutrale und umfassende Beratung und Sensibilisierung der Bevölkerung zu erneuerbarer Energie und Ressourceneffizienz unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes. Ziel ist es, für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu sensibilisieren. Darüber hinaus steht die Förderung von Wissenschaft und Forschung zu erneuerbaren Energien auf der Agenda. Mit allen Mitgliedern wird gemeinsam am Ausbau der Kompetenzbereiche Energie, Ressourceneffizienz und Klimaschutz gearbeitet, um eine möglichst große und heterogene Zielgruppe zu erreichen.

Vielfältiges Angebot für verschiedene Zielgruppen

Um die gesteckten Ziele und Aufgaben zu erreichen, entwickelten die Akteure des Bergischen Energiekompetenzzentrums ein vielseitiges Angebot. Dazu zählen Fachveranstaltungen für kommunale Vertreterinnen und Vertreter sowie Fachleute, die praxisnahe Wissensvermittlung und

Kategorie 1: Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation



Rutsche auf ehemaligem Müllberg



Dauerausstellung „Haus der Zukunft“



Spielerisch Abfall trennen

außerschulische Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus werden mit regional ansässigen Wirtschaftsbetrieben, wie zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe oder Handwerksbetriebe, Kooperationen eingegangen und Informationsveranstaltungen organisiert.

Eine Dauerausstellung mit mehr als 30 Ständen zum Schwerpunkt „Haus der Zukunft“ bietet Informationen zu energetischem Bauen und Sanieren, intelligenter Haussteuerung und ökologischen Baustoffen, die sowohl für Hausbesitzerinnen und -besitzer als auch für Mieterinnen und Mieter interessant sind. Ein Fokus liegt zudem auf der Nutzung von natürlichen Ressourcen und der Energieeinsparung. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass eine neutrale Plattform entstand – alle namhaften Hersteller stehen hier exemplarisch für neue Technologien konkurrenzfrei nebeneinander. Ergänzt wird die Ausstellung durch die Präsentation wechselnder technischer Neuerungen, die besonders ressourcen- und energieeffizient sind.

Ein besonders häufig angefragtes Angebot sind die kostenfreien, wöchentlichen Beratungen zum Thema „Energieeffizienz“, die gemeinsam mit der Verbraucherzentrale NRW e.V. angeboten werden.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger erhalten nach vorheriger Anmeldung eine kostenfreie, neutrale Initialberatung durch zertifizierte Energieberaterinnen und -berater aus der Region.

Das Bergische Energiekompetenzzentrum ist an sieben Tagen in der Woche geöffnet. Mit seinen vielseitigen Angeboten erreicht es eine breite Zielgruppe, die von interessierten Bürgerinnen und Bürgern über kommunale Entscheider und Verantwortliche sowie Unternehmensvertreterinnen und -vertreter bis hin zu Kindern und Jugendlichen reicht. Der Erfolg zeigt sich in den Besucherzahlen: Allein im Jahr 2016 zählte das Zentrum etwa 50.000 Besucherinnen und Besucher und bot rund 500 Fachveranstaltungen an. Zu den besonders gut besuchten Terminen zählen beispielsweise Hausmeisterseminare, Heizvorführungen und wechselnde Wanderausstellungen.

Kompetenzschmiede für Kommunen

Eine Besonderheit des Bergischen Energiekompetenzzentrums ist, dass hier viele lokale und überregionale Partner im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes zusammenarbeiten. So bilden beispielsweise das Klimaschutzmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Effizienzregion des Oberbergischen Kreises sowie das Holzcluster und Bioenergiemanagement des Bergischen Landes ein Team und engagieren sich gemeinsam in zahlreichen Projekten. Die Kooperation geht aber noch weiter: In vierteljährlichen Arbeitstreffen tauschen sie sich mit knapp 60 kooperierenden Kommunen aus der Region in einem überregionalen Arbeitskreis aus. Dabei entstehen Ideen und Ansätze, die den Anforderungen der gesamten Region gerecht werden.



Ehemalige Deponie mit neuem Zweck

*Information, Beratung
und Vernetzung an
einem Ort*

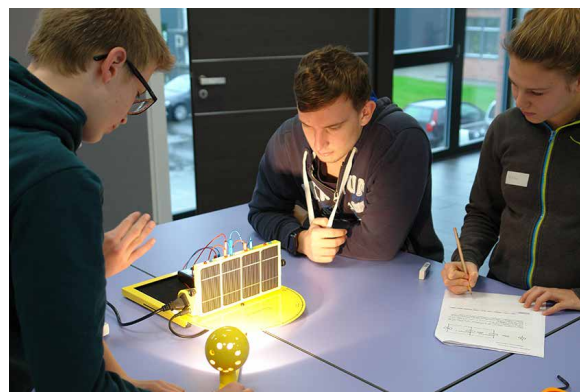
Diese Konzentration von Kompetenzen ermöglicht eine intensive Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Akteuren und vermeidet Doppelstrukturen. Zudem lässt sich durch Vernetzung und intensiven Erfahrungsaustausch eine enorme Multiplikatorenwirkung für die vielfältigen Themenbereiche erreichen.

Finanziert wird das Bergische Energiekompetenzzentrum über die Beiträge der Fördermitglieder des Trägervereins sowie über Mieteinnahmen aus der Dauerausstellung. Für den Aufbau wurden Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Strukturförderprogramms „Regionale 2010“ in Anspruch genommen. Das Gesamtprojekt

„metabolon“, in das das Energiekompetenzzentrum eingebettet ist, überzeugte im Wettbewerb der Regionen um die Landeszuschüsse, und so entwickelte sich aus der ursprünglichen Idee einer einfachen Deponienachsorge am Entsorgungszentrum Leppe der Startschuss für ein Kompetenzzentrum für Stoffumwandlung und Wissenstransfer. Wo früher lediglich Abfall deponiert wurde, werden heute Stoffströme analysiert, Sekundärrohstoffe erforscht und die praxisnahen Ergebnisse entlang der gesamten Wertschöpfungskette weitergegeben und angewendet.



Smart Home-Technologie einfach erklärt



Lernen durch erfassen und begreifen

Drei Fragen an den Landrat des Oberbergischen Kreises, Jochen Hagt, und an den ehemaligen Landrat des Rheinisch- Bergischen Kreises, Dr. Hermann-Josef Tebroke (M.d.B.)



Welche Rolle spielt das Projekt „Beratung und Vernetzung im Bergischen Energiekompetenzzentrum“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Region?

Rohstoffe werden immer knapper, Energie immer teurer. Emissionen müssen verringert werden. Durch die Schonung von Ressourcen und weit-sichtige Kaufentscheidungen von Produkten mit Wertigkeit, Nachhaltigkeit, Innovation und sozialer und ökologischer Verantwortung können viele zur CO₂-Einsparung beitragen und werden somit zu Gewinnern auch in ihrer eigenen Umweltbilanz.

Unsere Motivation zum Handeln resultiert aus unserem Wissen, daher ist es uns wichtig, durch vielfältige Information und neutrale und kompetente Beratung das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu stärken. Sich austauschen, informieren und weiterbilden – miteinander in Verbindung treten – neue Sichtweisen kennenlernen – Techniken und Produkte zum Anfassen. Die Stärke des Bergischen Energiekompetenzzentrums ist der Zusammenschluss wichtiger Akteure aus den Kompetenzbereichen Energie, Energieeffizienz und Klimaschutz.

Wo ist die Region noch für das Klima aktiv?

Auf Kreisebene wurden Klimaschutzkonzepte mit den Schwerpunkten kommunaler Klimaschutz und Ressourceneffizienz in Unternehmen aufgesetzt. Die

eingestellten Klimaschutz- und Ressourcenmanager nutzen die Netzwerke und Kompetenzen des Bergischen Energiekompetenzzentrums und die weiteren Aktivitäten von :metabolon. Forschungsergebnisse im Bereich der Umwelttechnologie können so Einzug in die Wirtschaft und die Kommunen halten. Ebenfalls sind der Bioenergie- und Holzclustermanager hier angesiedelt. Durch das dichte Themenspektrum und die optimale Vernetzung können in der gesamten Region Doppelstrukturen vermieden und Lücken in den Angeboten geschlossen werden.

Wie verwendet die Region Bergisches Land das Preisgeld von 25.000 Euro?

Die zahlreichen, durchweg kostenfreien Angebote am Standort des Bergischen Energiekompetenzzentrums sollen mit dem Preisgeld verstetigt und sogar noch erweitert werden. Bereits bestehende Informationsformate für die unterschiedlichsten Zielgruppen bedürfen der latenten Weiterentwicklung – auch hier bietet der Betrag eine gute Basis. Kommunen, Unternehmen, die breite und die Fachöffentlichkeit profitieren in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz so maximal.



Das Team der Region Bergisches Land mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Georg Huber, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistags; Simon Möser, Klimaschutzmanager Rheinisch-Bergischer Kreis; Gerhard Wölwer, Dezernent für Bauen, Umwelt, Infrastruktur und regionale Projekte des Rheinisch-Bergischen Kreises; Richard Orth, Effizienzmanager Oberbergischer Kreis; Monika Lichtinghagen-Wirths, Geschäftsführerin Bergischer Abfallwirtschaftsverband; Sven Plöger, Moderator; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium



Die Begründung der Jury

Mit dem Bergischen Energiekompetenzzentrum hat die Region Bergisches Land zusammen mit zahlreichen Partnern einen zukunftsweisenden Kompetenz-, Lern- und Innovationsort für die Themen Stoffumwandlung, Ressourcenmanagement und Umwelttechnologie geschaffen, der ein ehemaliges Deponiegelände mit neuem Leben erfüllt. Durch die unterschiedlichen Beratungs- und Informationsangebote sowie eine umfassende Netzwerkarbeit

gelingt es, Know-how zu bündeln und einer breiten Zielgruppe zu vermitteln. Zugleich werden Wissenschaft und Forschung zu erneuerbaren Energien vor Ort gefördert und vorangetrieben.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Region Bergisches Land die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Die Preisträger der

Kategorie 2

Klimaanpassung in der Kommune

Erfolgreiche kommunale Ansätze, die das Querschnittsthema Klimaanpassung vor Ort voranbringen, z. B. konkrete Maßnahmen, fachübergreifende Strategien oder Modellprojekte. Dabei sind auch Synergien von Klimaschutz und Klimaanpassung wünschenswert.



Stadt Neuss: Stadtentwicklung im Wandel – Klimaanpassung planen und umsetzen

Projekt	Schaffung einer Datengrundlage zum Stadtklima, Erstellung und Umsetzung von Planungsinstrumenten für die langfristige Klimaanpassung der Stadt
Ziele	Nachhaltige und vorausschauende Stadtentwicklung, Vermeidung von Schäden durch den Klimawandel und Erhalt der Lebensqualität vor Ort
Kooperationspartner	Ruhr-Universität Bochum
Zeitraumen	Seit 1988 fortlaufend
Maßnahmen	Messung und Fortschreibung von Daten zum Stadtklima, Erstellung von Planungshinweiskarten, Integration von Belangen des Stadtklimas und der Klimaanpassung in die Bauleit- und Grünplanung, Klimaanpassungskonzept
Ergebnisse	Anwenderfreundliche Karten zum Stadtklima, klimatisch optimierte städtebauliche Planungen, Abstimmung mit anderen Umweltschutzziele, breite Einbindung unterschiedlicher Fachbereiche und Abstimmung bei Planungen
Synergieeffekte	Stärkung des Klimaschutzes und Verknüpfung mit der Klimaanpassung

Stadt Pirmasens: Klimaanpassung durch Überflutungsvorsorge – individuelle Maßnahmen realisieren

Projekt	Integrierte Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen am Entwässerungssystem, um Starkregen schadenfrei abzuleiten
Ziele	Schutz bei Starkregenereignissen und Vermeidung von Schäden an Gewässern, Flora und Fauna sowie Siedlungsbereichen durch urbane Sturzfluten; Vermeidung von hohen Wiederherstellungskosten im Gewässerunterhalt sowie Wald- und Feldwegebau
Kooperationspartner	Forstverwaltung bei der Umsetzung; bei der Konzepterstellung Bürgerinnen und Bürger sowie diverse Institutionen: Aufsichtsbehörden, Angelsport- und Tourismusverein, Land- und Forstwirtschaft, Umweltverbände, Unternehmen
Zeitraumen	Start der Konzepterstellung April 2013, Umsetzung der Maßnahmen bis 2016
Maßnahmen	Umsetzung von baulichen Maßnahmen am Entwässerungssystem auf Basis eines (Teil-) Konzepts „Anpassung an den Klimawandel“ mit dem Schwerpunkt Umgang mit Extremniederschlagsereignissen; Maßnahmen u.a. Sicherung eines Abhangs in Form eines abgestuften Holzkastenverbau, Umpflanzung eines Regenüberlaufbeckens zur Notentlastung bei Starkregen, Verlängerung und Sicherung eines Auslaufs am Regenüberlaufbecken
Ergebnisse	Auf Grundlage eines Klimaanpassungskonzepts wurden unterschiedliche Ansätze zur Anpassung an häufigere und stärkere Regenereignisse geplant und umgesetzt: technische, betriebliche und naturnah gestaltete Maßnahmen.
Synergieeffekte	Gewässerschutz, Schonung von Ressourcen und Landschaftsbild durch naturnahen Ansatz

Landschaftsverband Rheinland (LVR): Konsequente Dachflächenbegrünung zur Anpassung an den Klimawandel

Projekt	Dachbegrünungen zahlreicher eigener Liegenschaften (Neubau und Bestand) wo möglich, kombiniert mit der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen
Ziele	Natürliche Regenwasserrückhaltung auf Dächern insbesondere bei Starkregenereignissen
Zeitraumen	Fortlaufend seit 2009
Maßnahmen	Extensive Dachbegrünung von Neubauten und Bestandsgebäuden bei Dachsanierungen, Prüfung und Aufstellung von Photovoltaik- (PV-) und solarthermischen Anlagen auf (Grün-)Dächern, Regenwasserversickerung auf Grundstücken
Ergebnisse	Planung und Umsetzung von 31 Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit inzwischen ca. 41.000 m² extensiv begrünten Dächern (Stand: Nov. 2017)
Synergieeffekte	Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit durch längere Lebensdauer von Gründächern, Verbesserung des Gebäude- und Mikroklimas, Förderung der Biodiversität, Klimaschutz durch Installation von PV- und/oder solarthermischen Anlagen

Stadtentwicklung im Wandel – Klimaanpassung planen und umsetzen



Stadt Neuss

Kreisstadt, Rhein-Kreis Neuss

Nordrhein-Westfalen
Einwohnerzahl ca. 160.000



Ihr Ansprechpartner zum Projekt

Stadt Neuss
Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung

Telefon 02131 907301
E-Mail klimaanpassung@stadt.neuss.de

Klimaanpassung „planbar“ machen



Unterschiedliche Bedingungen: verdichtete Stadtteile ...



und stark durchgrünte Gebiete

In der Stadt Neuss ist eine klimagerechte Stadtentwicklung von großer Bedeutung, denn am Rande des Ballungsraums Rhein-Ruhr herrscht ein hoher Siedlungsdruck, sowohl in Bezug auf Wohn- wie auch Gewerbeflächen. Während der Süden des Stadtgebiets stark durchgrünt ist, ist der Norden dicht bebaut und dadurch von Hitzeinseln und einer hohen lufthygienischen Belastung betroffen. Neuss hat früh eine umfangreiche Datengrundlage zum Stadtklima geschaffen, Leitbilder und Ziele für die Entwicklung des Stadtklimas definiert und anwenderfreundliche Planungsinstrumente eingeführt. Der Verwaltung steht damit eine belastbare Beurteilungsgrundlage zur Verfügung, um die Bauleit- und Grünplanung der Stadt in Bezug auf das Stadtklima zu optimieren. Auch gelang es, durch eine breite verwaltungsinterne Einbindung unterschiedlicher Fachbereiche und durch Abstimmung bei Planungen Konflikte mit anderen Zielen der Stadtentwicklung zu vermeiden. Das Klimaanpassungskonzept der Stadt Neuss führt diese langjährigen Aktivitäten fort und erweitert sie.



Kontinuierliche Datenerhebung vor Ort

Klimadaten erfassen und auswerten

Bereits 1988 erstellte die Stadtverwaltung im Rahmen eines vom Bund geförderten und mit wissenschaftlicher Unterstützung umgesetzten Pilotprojekts ein digitales Stadtklimakataster beziehungsweise ein modellhaftes Umweltinformationssystem. Dazu ließ Neuss Windrichtungen, Windgeschwindigkeiten, Lufttemperaturen und Luftfeuchte messen sowie Thermal- und Multispektralscannerbefliegungen, Stadtklimamessfahrten und lufthygienische Untersuchungen durchführen.

Auf Grundlage dieser Daten konnten lokale Windsysteme ermittelt, städtische Wärmeinseln abgegrenzt sowie Kaltluftentstehungsgebiete und Ventilationsschneisen identifiziert werden. Damit schuf die Stadt Neuss eine fundierte, mess- und rechentechnisch abgesicherte Fachdatenbasis. Aus der Auswertung dieser Informationen konnten klare Ziele für das Stadtklima definiert und diese wirkungsvoll mit anderen Schutz- und Entwicklungszielen – wie Wasser-, Boden-, Biotopschutz oder der Steigerung des Erholungswerts – verknüpft werden. Eine solche integrierte städtebauliche Planung hilft, Konflikte zu vermeiden oder zu minimieren.

Planungsinstrumente entwickeln

Mithilfe der umfassenden Grundlagendaten wurden gezielt stadtklimatische Leitbilder definiert, so zum Beispiel „Gewährleistung einer frühzeitigen abendlichen Abkühlung der in der Hitzeinsel lie-



Handlungskarte Klimaanpassung



*Naherholungs- und Kaltluftproduktionsgebiet
„Rennbahngelände“*

genden Wohngebiete während hochsommerlicher Strahlungswetterlagen“, „Sicherung von relevanten Ventilationsschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten durch Bepflanzung mit Dauergrünland“ oder „Erhalt von gliedernden Strukturen zwischen den Stadtteilen“.

Zur Anwendung im Planungsalltag erstellte Neuss eine Klimatopkarte sowie eine Planungshinweiskarte. Diese Planwerke definieren klare Prioritäten für die weitere Siedlungs-, Grünflächen-, Biotopverbund- und Freiraumentwicklung. Auch Tabuflächen sowie Flächen, auf denen aus ökologischer Sicht eine weitere räumliche Entwicklung möglich ist, sind darin ausgewiesen. Die leichte Lesbarkeit der Karten war ein wichtiges Anliegen, um möglichst anwenderfreundliche Tools bereitzustellen. Seit dem Beschluss des Stadtrats fließen sie in alle Planungsverfahren der Stadt ein.

Bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) spielte die Klimawandelanpassung ebenfalls eine wichtige Rolle. Dafür wurde eine sogenannte synoptische Karte zur „Schutzwürdigkeit von Flächen“ erstellt, die verschiedene Themen aggregiert zeigt: das Stadtklima, den Biotop-, Arten- und Landschaftsschutz sowie den Boden- und Gewässerschutz. Sie macht eine schnelle Voreinschätzung bei planerischen Eingriffen möglich. Durch frühzeitige Kooperation zwischen den Fachämtern innerhalb der Stadtverwaltung und dank des konkreten Datenmaterials gelang es, alle neuen Wohn- und Gewerbegebiete in aus Sicht der Klimaanpassung konfliktarmen Zonen auszuweisen.

Im Rahmen eines vom Bundesumweltministerium geförderten Klimaanpassungskonzepts, das 2014 verabschiedet wurde, ließ Neuss eine Vulnerabilitätsanalyse erstellen und schrieb die Stadtklima-

daten fort. Im Konzept wurden außerdem Aussagen zur zukünftigen Entwicklung des Klimas vor Ort getroffen, die Themen Hochwasser, Starkregen und Biodiversität ergänzt sowie ein Maßnahmenkonzept entwickelt. Die Stadt erweiterte die etablierten Planungsinstrumente um die Ergebnisse des Konzepts. Eine „Handlungskarte Klimaanpassung Neuss“ stellt die Flächen mit Konfliktpotenzial dar und zeigt gleichzeitig Gegenmaßnahmen auf. Dies sind beispielsweise hitzebelastete Gebiete oder auch Flächen, die bei Starkregen überflutungsgefährdet sind, außerdem Bereiche, die als Frischluftschneisen und Luftleitbahnen frei von Bebauung und hoher Vegetation gehalten werden sollen. Die Karte wird bei Stellungnahmen sowohl zur verbindlichen Bauleitplanung als auch im laufenden FNP-Verfahren berücksichtigt.

Von der Planung zur Umsetzung

Verschiedene, konkrete Projekte zeigen die Umsetzung der klimagerechten Planung in Neuss. Eine Ventilationsschneise, die insbesondere bei Schwachwindlagen für die Innenstadt von großer Bedeutung ist, wird durch eine Ökokontofläche aufgewertet. Diese ist als Dauergrünland mit Kleingewässern und Gehölzgruppen gestaltet. Ein Brunnen sorgt auch in längeren Hitzeperioden für eine ausreichende Bodenbefeuchtung und stellt damit die Kühlfunktion der Fläche sicher.

Auch in künftige Bauleitpläne wird die Klimaanpassung integriert – durch eine intensive Durchgrünung und die Gebäudeausrichtung auf der Grundlage von mikroklimatischen Modellierungen, um eine bestmögliche Durchlüftung der Bebauung zu gewährleisten. Um das Stadtklima in verdichteten Gebieten zu verbessern, will die Stadt zukünf-



*Klimaangepasste Gestaltung des Wohnquartiers
„Südliche Furt“*



*Neuss hat sein
Stadtklima im Blick*

tig vor allem die Begrünung von Dachflächen vorantreiben. Die Vegetation und das Dachbegrünungssubstrat helfen dabei, die Temperatur der Luft und im Gebäude zu senken und leisten darüber hinaus einen Beitrag zum Rückhalt von starken Niederschlägen. Die Einbringung von Aspekten zur Klimaanpassung in institutionalisierte Beteiligungsverfahren der Bauleitplanung und ämterübergreifende Arbeitskreise der Verwaltung, zum Beispiel die sogenannten „Plangespräche“, ermöglichen die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen.

Um ihre Kompetenzen zu bündeln und die Klimaaktivitäten stärker in der Verwaltung zu verankern, schuf die Stadt Neuss im Februar 2016 eine Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung, die sowohl mit Planstellen als auch einer vom Bundesumweltministerium geförderten Klimaschutzmanagerin besetzt ist. Dies ermöglicht eine integrierte Bearbeitung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsthemen sowie eine rege Öffentlichkeitsarbeit in Form von Fachvorträgen und -artikeln speziell zur Klimaanpassung.

Die Stadt Neuss hat früh begonnen, sich mit dem Stadtklima zu beschäftigen. Die umfassenden Aktivitäten zeigen, dass das Thema Klimaanpassung in Neuss ernst genommen und die klimagerechte Stadtentwicklung konsequent vorangetrieben wird, um die Lebensqualität vor Ort auch zukünftig sicherzustellen.



Zukünftiges Ziel: mehr Dachgrün im Stadtgebiet

Drei Fragen an den Bürgermeister von Neuss, Reiner Breuer



Welche Rolle spielt das Projekt „Stadtentwicklung im Wandel – Klimaanpassung planen und umsetzen“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Die Klimaanpassung spielt in der Stadtentwicklung eine entscheidende Rolle, denn es müssen bereits heute die Entscheidungen getroffen werden, wie unsere zukünftige Stadt aussehen soll. Bei der Stadtentwicklung und -planung müssen wir die Folgen des Klimawandels berücksichtigen. Wir rechnen mit zunehmend extremen Wetterereignissen, zum Beispiel langen Hitzeperioden sowie extremen Niederschlagsereignissen.

geschaffen. Beispielsweise hat die Stadt 2016 einen Investorenleitfaden zum nachhaltigen Bauen mit Hinweisen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung in Gewerbegebieten herausgegeben.

Wo ist die Stadt Neuss noch für das Klima aktiv?

Die Stadt Neuss beteiligt sich an der Entwicklung eines neuen Zertifizierungssystems für Kommunen. Analog zum bestehenden European Energy Award, welcher sich vor allem auf Maßnahmen im Klimaschutz bezieht, soll beim neuen System die Klimaanpassung im Fokus stehen.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Neuss in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum, gefördert vom Bundesumweltministerium, Grundlagenforschung zur Integration der Bodenkühlleistung in Klimaanpassungskonzepten. Die Ergebnisse sind auch weit über die Stadtgrenzen hinaus von großer Bedeutung und können adaptiert werden.

Die Klimaanpassung findet auch im Bereich Neubau und Sanierung Berücksichtigung. Um Wohn- und Gewerbegebiete an das zukünftige Klima anzupassen, werden Informations- und Beratungsangebote

Wie verwendet die Stadt Neuss das Preisgeld von 25.000 Euro?

Das Preisgeld wird direkt in ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung investiert. Beides wurde bereits im Klimaanpassungskonzept als Maßnahme zur Minderung der Klimafolgen aufgegriffen und soll auf diesem Wege zusätzlich beworben werden. Die finanzielle Förderung soll dabei einen weiteren Anreiz schaffen, um möglichst viele Begrünungsprojekte umzusetzen. Die Begrünung wirkt sich dabei in vielerlei Hinsicht positiv auf das Stadtklima aus. Es werden u.a. Temperaturextreme abgemildert, die Luftfeuchte erhöht und Schadstoffe aus der Luft gefiltert. Die Dachbegrünung nimmt darüber hinaus einen Großteil des Regenwassers auf. Dadurch kann das Schadenspotenzial von Starkregenereignissen reduziert werden. Interessenten können sich bei der Stadt Neuss um eine entsprechende Förderung bewerben.



Das Team aus Neuss mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Dr. Matthias Welpmann, Dezernent für Umwelt, Klima und Sport der Stadt Neuss; Marion Wiegand, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit, Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Neuss; Elena Plank, Klimaanpassungsmanagerin, Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Neuss; Armin Krüger, Energiemanager, Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Neuss; Reiner Breuer, Bürgermeister der Stadt Neuss; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städte-tags; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Sven Plöger, Moderator



Die Begründung der Jury

Um die Anpassung an den Klimawandel nachhaltig in die Bauleit- und Grünplanung zu verankern, verfolgt die Stadt Neuss seit vielen Jahren eine Integration in institutionalisierte Planungsverfahren der Verwaltung. Durch die intensive Untersuchung des lokalen Klimas, die Schaffung einer umfangreichen Datenbasis und die Definition von Leitlinien zum Stadtklima hat sie die hierfür notwendigen Grundlagen geschaffen. Instrumente wie Planungshinweiskarten und eine breite Abstimmung mit allen an der Planung von Maßnahmen in Neubau und

Bestand Beteiligten ermöglichen eine klimarechte Planung und vermeiden bzw. vermindern Interessenkonflikte mit anderen Belangen.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zur Klimaanpassung, für den die Stadt Neuss die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Klimaanpassung durch Überflutungsvorsorge – individuelle Maßnahmen realisieren



Stadt Pirmasens

Kreisfreie Stadt

Rheinland Pfalz
Einwohnerzahl ca. 41.000



Ihr Ansprechpartner zum Projekt

Michael Maas
Stadt Pirmasens
Tiefbauamt

Telefon 06331 842465
E-Mail michaelmaas@pirmasens.de

Optimierte Entwässerung zur Vermeidung von Starkregenschäden



Überflutungsschäden an Wegen



Hangrutschungen nach Starkregen

Die Stadt Pirmasens geht das Thema Anpassung an die Folgen des Klimawandels aktiv und zielgerichtet an, nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Betroffenheit. Die Lage der Stadt am Rande des Pfälzerwaldes und die vielen Quellen und Bäche im Stadtgebiet sind bei gutem Wetter idyllisch. Bei Unwetter und Starkregen war die Stadt in der Vergangenheit allerdings immer häufiger und stärker von Überstauereignissen betroffen. Rechnete man bisher alle 30 bis 50 Jahre mit extremen Niederschlagsereignissen, kommen diese mittlerweile in manchen Jahren drei Mal vor. Schäden durch Erosion, Aus- und Unterspülungen an Gewässerläufen, Flora und Fauna sowie Wald- und Feldwegen verursachten hohe Wiederherstellungskosten.

Klimaanpassungskonzept mit Schwerpunkt

Um dem strategisch entgegenzuwirken, führte die Stadt Starkregensimulationen durch und erstellte auf dieser Basis ein Klimaanpassungskonzept. Daraus konnten zeitnah mehrere Baumaßnahmen zur Anpassung des Entwässerungssystems umgesetzt werden.

Für das 270 Kilometer lange Kanalnetz der Stadt wurden hydrodynamische Kanalnetzberechnungen und Simulationen durchgeführt. Ergebnis ist die Identifizierung von überflutungsgefährdeten und besonders von Starkregen betroffenen Bereichen und Anlagen im Stadtgebiet.

Für die Strategie- und Maßnahmenentwicklung wurden zunächst die relevanten Akteure innerhalb der Stadt identifiziert und informiert. In einer Workshop-Reihe diskutierten dann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern von Aufsichtsbehörden, Vereinen aus dem Angelsport und Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Umweltverbänden, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels und sammelten erste Vorschläge für den späteren Maßnahmenkatalog.

Als Ergebnis lag im Jahr 2014 das Teilkonzept „Anpassung an den Klimawandel“ vor – mit Schwerpunkt auf dem Umgang mit extremen Niederschlagsereignissen. Damit den Planungen und Vorhaben auch schnell Taten folgen, priorisierte die Stadt gemeinsam mit den regionalen Akteuren neun Maßnahmen, die vordringlich umgesetzt werden



Detaillierte Konzeption und Planung

Kategorie 2: Klimaanpassung in der Kommune



Erarbeitung von Konzept und Maßnahmen ...



... im interdisziplinären Team

sollen. Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen plant eine kommunale Steuerungsgruppe. Je nach Projekt arbeiten hier Teilnehmende aus verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung (unter anderem Tief- und Hochbau, Stadtplanung, Garten- und Grünflächenamt, Liegenschaftsamt, Untere Landespflegebehörde, Untere Wasserbehörde, Gewässerschutzbeauftragter), den städtischen Betrieben und Vereinen zusammen. Darüber hinaus werden die Themen Starkregenvorsorge und Überflutungsschutz im Umweltausschuss der Stadt beraten. Die Politikerinnen und Politiker sind somit bei anstehenden Entscheidungen zum Thema informiert, so können Interessenkonflikte frühzeitig gelöst werden.

Die Kosten für die Untersuchung der Klimawandelauswirkungen beliefen sich auf circa 120.000 Euro. Das Bundesumweltministerium förderte diese aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative durch einen Zuschuss von 95 Prozent im Rahmen der Erstellung des Klimaanpassungskonzepts. Die konkrete Planung und der Bau der Maßnahmen am Entwässerungssystem wurden über den Gebührenaushalt des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Stadt Pirmasens finanziert.

Verschiedene Lösungsansätze nutzen

Die Stadt Pirmasens entwickelte sowohl konventionelle, technische Ansätze als auch betriebliche Lösungen bis hin zu innovativen, naturnahen Ideen zur Anpassung des Entwässerungssystems. Ein Beispiel ist die Umplanung eines Regenüberlaufs mit einer Notentlastung bei Starkregenereignissen im Strecktal. Bei extremen Niederschlagsereignissen staute sich das Abwasser in der Vergangenheit in der Kanalisation auf, überstaute diese und floss an verschiedenen Stellen unkontrolliert ab. Um

dies künftig zu verhindern, wurden ein Fußweg verlegt, die Decke des bestehenden Bauwerks abgenommen und in die talseitige Seitenwand eine Überlaufschwelle eingeschnitten. Die Bauwerkswände wurden bis 30 Zentimeter über das Gelände hochgezogen und gesichert. Das aus der Überstauung der Kanalisation stammende Abwasser wird dann in mehreren, nacheinander angeordneten Auffangbecken, sogenannten Tosbecken, gebremst und über ein offenes Gerinne abgeführt. Zusätzlich wird Oberflächen- und Schichtenwasser über Querinnen bzw. eine Kieslage und Drainageleitung gezielt dem Entlastungsgerinne zugeführt.

Eine weitere umgesetzte Baumaßnahme, die vor allem Anpassungen im Betrieb betrifft, ist die Verlängerung der Ablaufleitung eines älteren Regenüberlaufbeckens im Blümetal. Zwischen Verrohrung und Straßengraben kam es in der Vergangenheit aufgrund der nicht geradlinigen Wasserführung zu Überstau und unkontrolliertem Oberflächenabfluss, die Folge waren Ausspülungen und Erosion der angrenzenden Straße und auf privaten Grundstücken. Da vor Ort nicht genügend Raum besteht, um große Wassermassen schadlos abzuführen, wurde das Auslaufrohr um 40 Me-



Schwellenabsturzbauwerk mit Tosbecken



Naturnahe Ausführungen schonen das Landschaftsbild

Ressourcenschonende
Überflutungsvorsorge
zur Anpassung an den
Klimawandel

ter verlängert und zusätzlich im Auslaufbereich gesichert. So konnten die Strömungsverhältnisse reguliert werden. Die Gestaltung der Fließrichtung des Auslaufs verhindert zukünftig ein „Aufschaukeln“ der abfließenden Wassermengen.

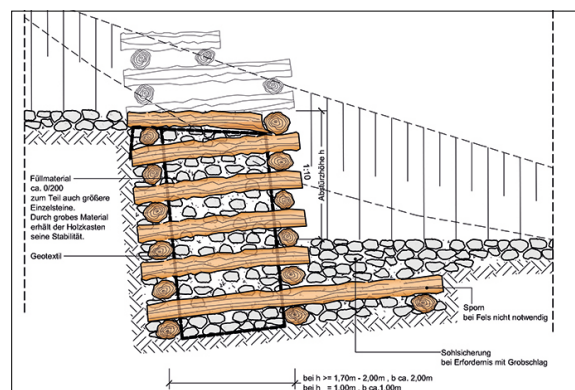
Naturnahe Methoden verbreiten

Vorzeigeprojekt in Pirmasens ist die Umsetzung eines naturnahen Ansatzes zur Überflutungsvorsorge im Waldstück unterhalb eines Wohngebiets. Durch Starkregen kam es hier zu starken Erosionen und Hangrutschungen. Um eine nachhaltige Lösung für die Sicherung zu finden, diskutierte die kommunale Steuerungsgruppe verschiedene Maßnahmen. Die Wahl fiel auf die Variante eines abgestuften Holzkastensverbau, inspiriert durch die im alpinen Raum bekannten, traditionellen Gebirgsbachsicherungen. Das Oberflächenwasser wird dabei über eine Reihe hintereinander geschalteter, doppelwandiger Holzkastensperren abgeleitet und versickert auf einem flachen Geländeabschnitt unterhalb der Holzkastensperren.

Vorteile im Vergleich zu alternativen Methoden, wie das Verlegen von Gussrohren oder eine Abtreppung mit Drahtschotterkörben, sind das naturnahe Aussehen, geringere Kosten und die ressourcenschonende Bauweise. Baumaterial wie Steine, Holz und Erde sind vor Ort vorhanden. Beim Einsatz von Eichen- und Douglasienholz, einer hochwertigen Bauausführung und gewissenhaften Wartung durch Kontrollgänge nach Ereignissen ist diese Lösung zudem sehr langlebig. Es wird mit bis zu 80 Jahren

gerechnet. Die Umsetzung fand in Abstimmung zwischen Tiefbauamt und Forstverwaltung statt. Dabei bezog die Stadt gezielt auch die Lehrlinge des Forstamts auf der Baustelle mit ein, um die entsprechende Technik weiterzugeben und somit die nachhaltige Umsetzung und Verbreitung des Ansatzes sicherzustellen.

Die Übertragbarkeit dieser naturnahen Bauweise zur Überflutungsvorsorge ist hoch, so konnten bereits weitere Projekte im Stadtgebiet von Pirmasens umgesetzt werden. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. stellt das Beispiel außerdem regelmäßig im Rahmen von Veranstaltungen und Fachexkursionen Fachleuten aus dem Bereich Entwässerung als innovatives Praxisbeispiel vor.



Prinzip der Holzkastensperren zur Niederschlagsableitung

Drei Fragen an den Oberbürgermeister von Pirmasens, Dr. Bernhard Matheis



Welche Rolle spielt das Projekt „Klimaanpassung durch Überflutungsvorsorge – individuelle Maßnahmen realisieren“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Das Projekt „Klimaanpassung durch Vorsorge“ bedeutet für uns letztendlich den verantwortungsbewussten, in die Zukunft gerichteten und wirtschaftlichen Umgang mit den Auswirkungen der im Sommer immer häufiger auftretenden extremen Starkregenereignisse.

Wo ist Pirmasens noch für das Klima aktiv?

Die Klimaschutzinitiative der Stadt Pirmasens setzt sich aus einer Vielzahl von Teilprojekten zusammen, die je nach Ausrichtung mit unterschiedlichen Partnern im Rahmen von Kooperationsmodellen initiiert und realisiert werden.

Auszugsweise seien einzelne Beispiele genannt: Der Energiepark Pirmasens-Winzeln ist eine Keimzelle für weitere innovative Projekte, wie eine neuartige Biogasanlage mit Mehrkammerreaktor, eine Gasaufbereitungsanlage zur Einspeisung ins Erdgasnetz, eine Power-to-Gas-Anlage zur Umwandlung von überschüssigem Wind- oder Solarstrom in Methan und dessen Einspeisung ins Gasnetz sowie die Errichtung einer Gastankstelle und einer Bioraffinerieanlage, die basierend auf nachwachsenden Rohstoffen biogene Ersatzstoffe erzeugt. Weitere Projekte sind die Energieoptimierung auf den städtischen Kläranlagen sowie die Phosphor-Rückgewinnung aus kommunalem Klärschlamm, die Ressourcenschonung durch innovatives Straßenunterhaltsmanagement und der Einsatz von Recyclingbaustoffen. Die Straßenbe-

leuchtung wird auf LED-Technik umgerüstet, und die Stadt bearbeitet weitere Klimaschutz-Teilkonzepte – ein Integriertes Klimaschutzkonzept zur Ermittlung der erneuerbaren Energiepotenziale und zum Klimaschutz in eigenen Liegenschaften. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit den Teilprojekten „Kinderklimaschutzkonferenz“ und dem Sonnendiplom einbezogen.

Wie verwendet Pirmasens das Preisgeld von 25.000 Euro?

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie soll untersucht werden, ob der Bau einer Gasdoppelleitung zwischen Kläranlage Felsalbe und einem benachbarten Energiepark wirtschaftlich sinnvoll und darstellbar ist. Durch eine Gasleitung könnte das am Standort Felsalbe erzeugte Klärgas zum Energiepark transportiert und dort entweder in den hier vorhandenen Blockheizkraftwerken in Energie umgewandelt oder auch, nach vorheriger Aufbereitung, in das Erdgasnetz eingespeist werden. Eine Aufbereitungsanlage für Biogas aus einer landwirtschaftlichen Biogasanlage ist im Energiepark bereits vorhanden. Über eine zweite Leitung, einer zusätzlich zu verlegenden Sauerstofftransportleitung vom Energiepark zur Kläranlage, soll der durch den Hydrolyse- und Methanisierungsprozess am Energiepark (vorhandene Power-to-Gas-Anlage) entstehende reine Sauerstoff wiederum der Kläranlage und dort den Gebläsen der Belebungsbecken zugeführt werden.



Das Team aus Pirmasens mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Dr. Bernhard Matheis, Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens; Annette Legleitner, Leiterin OB-Büro der Stadt Pirmasens; Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetags; Michael Schieler, Beigeordneter der Stadt Pirmasens; Michael Maas, Leiter des Tiefbauamts der Stadt Pirmasens; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Sven Plöger, Moderator



Die Begründung der Jury

Die Stadt Pirmasens geht die Anpassung ihres Entwässerungssystems an die Folgen des Klimawandels aktiv und zielgerichtet an. Im Rahmen eines Klimaanpassungskonzepts führte sie Analysen zur Betroffenheit durch, auf deren Grundlage im Rahmen einer kommunalen Steuerungsgruppe konkrete und individuelle Maßnahmen geplant wurden. Um Schäden durch Starkregenereignisse zukünftig zu vermeiden, setzte Pirmasens zeitnah

verschiedene Baumaßnahmen um. Vorbildlich ist vor allem die Anwendung von naturnahen Lösungen zur Versickerung und schadlosen Ableitung von Niederschlägen.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zur Klimaanpassung, für den die Stadt Pirmasens die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Konsequente Dach- flächenbegrünung zur Anpassung an den Klimawandel



Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Kommunalverband

Nordrhein-Westfalen

Mitglieder: 13 kreisfreie Städte, zwölf
Kreise und die StädteRegion Aachen



Ihre Ansprechpartnerin zum Projekt

Bärbel Busch

Landschaftsverband Rheinland, Fachbereich
Umwelt, Baumaßnahmen, Betreiberaufgaben

Telefon 0221 8092712

E-Mail baerbel.busch@lvr.de

Gründächer als Potenzial für die Klimaanpassung



Dachzustand vor Sanierung



Planungsbesprechung zur Ermittlung geeigneter Dachflächen

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) ist Eigentümer von zahlreichen Liegenschaften, die es zu planen und instand zu halten gilt. Die vielen Dachflächen bieten somit ein großes Potenzial für Dachbegrünung. Dieses Potenzial hat der LVR, ein Kommunalverband mit Sitz in Köln, erkannt und innerhalb der letzten Jahre 31 Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit extensiv begrünten Dachflächen geplant. Davon wurden bisher 26 Maßnahmen auch baulich umgesetzt. Mit ca. 41.000 Quadratmetern Gründächern leistet der LVR einen aktiven Beitrag zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Eine integrierte Planung ermöglicht darüber hinaus Synergien mit anderen nachhaltigen Zielen.

Der LVR arbeitet als Kommunalverband mit rund 19.000 Beschäftigten für die 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Schulen, zehn

Kliniken, 19 Museen und Kultureinrichtungen, drei Heilpädagogischen Netzen, vier Jugendhilfeeinrichtungen und dem Landesjugendamt erfüllt er Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Deutschlands größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen. „Qualität für Menschen“ ist sein Leitgedanke.

Die 13 kreisfreien Städte und die zwölf Kreise im Rheinland sowie die StädteRegion Aachen sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. In der Landschaftsversammlung Rheinland gestalten Politikerinnen und Politiker aus den rheinischen Kommunen die Arbeit des Verbandes.

Bereits seit 1995 berücksichtigt der Verband beim Bau und der Unterhaltung seiner Liegenschaften ökologische Belange, Grundlagen sind die „LVR-Regelstandards des ökologischen Bauens“ und seit 2007 eine interne Verfügung zur Anlage und Pflege von Grünflächen auf Grundstücken. Ziel ist die vielfältige Berücksichtigung ökologischer Belange und eine Anpassung an bereits jetzt spürbare Folgen des Klimawandels. Konkret sollen unter anderem Wege- und Parkflächen – wo immer möglich – versickerungsfähig befestigt werden. Auch so können die Folgen bei Starkregenereignissen gemildert werden. Darüber hinaus sind abfließende Niederschläge vor Ort in angrenzende Grünflächen zu versickern. Soweit bautechnisch möglich und gestalterisch vertretbar, sind außerdem Flachdächer zu begrünen. Um auch einen effektiven Beitrag



Baubesprechung für eine nachhaltige Umsetzung, LVR-Klinikum Düsseldorf – Neubau des DTFZ



Sedumplatten werden auf dem Depot des LVR-LandesMuseums in Meckenheim aufgebracht

*Klimafolgenanpassung
durch großflächige
Dachbegrünung*

zur CO₂-Einsparung und somit zum Schutz des Klimas beizutragen, wurde 2016 ein Integriertes Klimaschutzkonzept beschlossen.

Mehrfachnutzen von Gründächern überzeugt

Begrünte Dächer bieten vielfältige Vorteile. Ziele des LVR sind hier die Förderung der Biodiversität, die Verbesserung des Gebäude- und des lokalen Mikroklimas sowie letztendlich auch eine Entlastung der Abwassersysteme und eine Steigerung des Überflutungsschutzes bei Starkregenereignissen. Der natürliche Regenwasserrückhalt durch die Pflanzen und das Gründachsubstrat entlastet das Kanalsystem und hilft somit, Überstauereignisse zu vermeiden. Außerdem sorgen begrünte Dächer für gleichmäßigere Temperaturen im Gebäudeinneren: Während sich ein „schwarzes“ Bitumendach auf 80 Grad Celsius aufheizen kann, bleibt ein begrüntes Dach mit maximal 35 Grad Celsius vergleichsweise kühl. Das Substrat sorgt für zusätzliche Dämmung – sowohl gegen Hitze im Sommer als auch gegen Wärmeverlust im Winter. Das Grün bindet außerdem Staub und Schadstoffe und trägt so zur Verbesserung des Mikroklimas bei.

Ein weiterer ökologischer Nutzen ist der Beitrag zur Biodiversität: Ein begrüntes Dach steht als attraktiver Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung. Gerade in Zeiten einer starken Nachverdichtung

braucht es neue Grünflächen in den Städten, um der Natur die Möglichkeit zur Anpassung an vermehrte Hitzeperioden und Trockenheit zu bieten. Auch für den Menschen haben Gründächer weitere positive Auswirkungen: Dachbegrünung kann zur Lärminderung beitragen, indem die Vegetation die Schallreflexion mindert. Nicht zuletzt werten begrünte Dächer das Stadt- und Landschaftsbild auf und steigern damit die Wohn- und Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Klimaschutz und Klimaanpassung kombiniert!

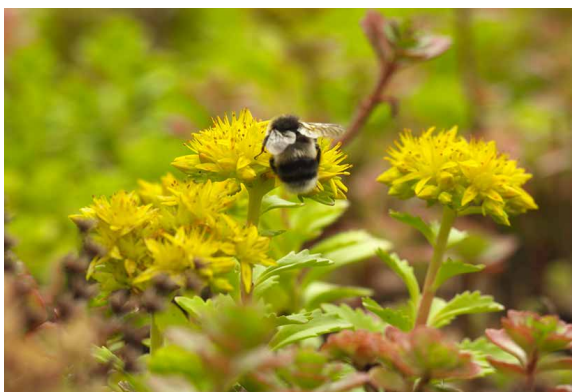
Um neben der Klimaanpassung auch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, setzt der LVR auf erneuerbare Energien. Auf seinen Liegenschaften installiert er daher auch – wo immer möglich – Photovoltaik- und/oder solarthermische Anlagen. Im Einzelfall werden bei Sanierungen der Bestandsgebäude die statischen Voraussetzungen geprüft. Ferner müssen die Dachflächen verschattungsfrei sein und eine ideale Ausrichtung der Module zulassen. Wenn sinnvoll, werden diese Anlagen auch auf Gründächern installiert. Diese Kombination schafft Synergien: Durch den Kühleffekt des Grüns sind die PV-Anlagen leistungsfähiger, zugleich be-

schwert das Gründachsubstrat die PV-Halterungen, so dass die Standfestigkeit erhöht wird. Fachgerecht ausgeführt schützt die Begrünung darüber hinaus die Abdichtung von Flachdächern vor Witterungseinflüssen und Versprödung mit anschließender Durchnässung, so dass die durchschnittliche Lebensdauer im Vergleich zu konventionell ausgeführten Flachdächern deutlich höher ausfällt. Dadurch sind begrünte Dächer auch ökologisch und ökonomisch nachhaltig. Der LVR hat dies bei mehreren Projekten berechnet.

Gute Erfahrungen gesammelt

Die Begrünung der Dachflächen von 31 Liegenschaften ist geplant bzw. der Großteil davon auch bereits in baulicher Umsetzung oder fertig. Beispielsweise sanierte der LVR in Düsseldorf die Dächer eines großen Gebäudekomplexes für eine Förderschule und ein Berufskolleg. Auf sechzehn verschiedenen Dachabschnitten wurden insgesamt 6.900 Quadratmeter Fläche als extensive Begrünung mit einem Mindestgefälle von zwei Prozent umgestaltet. Gleichzeitig wurde geprüft, ob die Flächen für eine Installation von PV-Anlagen geeignet sind. Wenn möglich, installiert der LVR eigene PV-Anlagen oder bietet diese Investoren zur Pacht an, um ökologisch elektrische Energie zu erzeugen. In Düsseldorf wurde eine PV-Anlage mit 20 Kilowatt Peak in Betrieb genommen.

Die Planung des Entwässerungssystems brauchte besondere Aufmerksamkeit – nach heutiger Bemessung waren zu wenige Dacheinläufe und Notüberläufe vorhanden. Daher wurden bei der Sanierung zusätzliche Notentwässerungspunkte geschaffen, die nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind, sondern bei hohen Niederschlagsmengen dezentral auf das Grundstück entwässern und dort versickern.



Grüne Dächer fördern Biodiversität



PV-Anlage mit extensiver Begrünung auf dem LVR-Freilichtmuseum Kommern



Regelmäßige Wartung und zwei Pflegegänge im Jahr sind auch bei Gründächern wichtig

Ein weiteres Projektbeispiel des LVR ist die Sanierung der Luise-Leven-Schule in Krefeld, einer Förderschule des Schwerpunktes Hören und Kommunikation, mit Schwimmhalle und Kindergarten. In einer ersten Maßnahme, einer umfangreichen energetischen Sanierung, wurden hier die Dachflächen saniert. Die Bitumenabdichtung der Dächer wies zunehmende Versprödungen und Undichtigkeiten auf. Im Zuge der Sanierung wurden 1.400 Quadratmeter Dachfläche begrünt und die Installation einer PV-Anlage geprüft, die jedoch aus statischen Gründen nicht realisiert werden konnte. Aktuell ist geplant, auch die restliche Gebäudehülle (Fassaden und Fenster) sowie darauf abgestimmt die Heizungstechnik zu sanieren.

Die Dachflächensanierung in Düsseldorf kostete inklusive Dachbegrünung ca. 2,6 Millionen Euro, in Krefeld waren dies etwa 480.000 Euro. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgte aus dem Instandhaltungsbudget des LVR. Der LVR ist von seiner Strategie der konsequenten Dachbegrünung überzeugt und wird auch bei zukünftigen Neubauten und Sanierungen auf die Begrünung von Dächern setzen.

Drei Fragen an die Direktorin des Landschaftsverbands Rheinland, Ulrike Lubek



Welche Rolle spielt das Projekt „Konsequente Dachflächenbegrünung zur Anpassung an den Klimawandel“ für die Klimaaktivitäten Ihres Kommunalverbands?

Hier können wir mehrere Aspekte nachhaltig umsetzen. Die Lebensdauer eines „grünen“ Flachdachs ist viel höher als bei einem nicht begrünten, so dass wir auch sorgsam und verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen. Die Räume unter einem solchen Dach sind im Sommer kühler, und im Winter benötigt man weniger Wärmeenergie. Das Mikroklima wird positiv beeinflusst, Vögeln und Insekten geben wir einen zusätzlichen Lebensraum. Die Vorteile sind vielfältig, und Gründächer sind zudem wirtschaftlicher als nicht begrünte (Flach-) Dächer.

Seit 2008 planen und errichten wir alle unsere Neubauten im Passivhausstandard, und die energetischen Sanierungen unserer Liegenschaften führen wir konsequent auf dem „Stand der Technik“ durch. 2016 wurde unser Integriertes Klimaschutzkonzept fertiggestellt. Die 49 Einzelmaßnahmen werden wir auch mit den dafür neu einzurichtenden Stellen für das Klimaschutzmanagement abarbeiten. Dabei haben Energie- und Mobilitätsmanagement im LVR einen hohen Stellenwert.

Wo ist der Landschaftsverband Rheinland noch für das Klima aktiv?

Schon lange befinden wir uns im LVR auf dem Weg der Nachhaltigkeit. Wir haben uns zu ökologischen Standards – auch zum Klimaschutz – schon in den 90er Jahren verpflichtet. Wir untersuchen z. B. regelmäßig bei Baumaßnahmen, ob PV- und/oder solarthermische Anlagen realisierbar sind. Die Kraft-Wärme-Kopplung mit Blockheizkraftwerken nutzen wir überall, wo wir Schwimmbäder betreiben, und in den meisten unserer großen parkartigen LVR-Klinikgeländen mit teilweise denkmalgeschützter Bausubstanz. Auch Wärmepumpen und Holzpellet-Heizungen setzen wir ein. Regenwasserversickerung ist ein weiterer Baustein. In mehreren LVR-Förderschulen haben wir versiegelte Flächen (Schulhöfe, Parkflächen) entsiegelt und versickerungsfähig gestaltet.

Wie verwendet der Landschaftsverband Rheinland das Preisgeld von 25.000 Euro?

Wir möchten die E-Mobilität im LVR vorantreiben, indem wir die Ladesäulen-Infrastruktur ausbauen werden. Mit Wandladestationen wollen wir die E-Mobilität innerhalb unseres Fuhrparks intensivieren, indem wir die Reichweiten und Einsatzmöglichkeiten zwischen unseren Einrichtungen vergrößern. Im ersten Schritt werden diese nur eingeschränkt öffentlich zugänglich sein, um auf ein teures und aufwändiges Bezahlssystem verzichten zu können. So können wir mehr Ladepunkte realisieren. Auch den Besuchenden unserer LVR-Liegenschaften möchten wir kostenlose Lademöglichkeiten für ihre Pedelecs, E-Bikes und elektrischen Rollstühle bieten. Die Ladestationen sollen eine einfache Funktionsweise haben und sich in Sichtweite der Eingangsbereiche befinden.



Das Team vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Thomas Stölting, LVR-Fachbereichsleiter für Umwelt, Baumaßnahmen, Betreiberaufgaben; Ulrike Lubek, Landesdirektorin des LVR; Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetags; Detlef Althoff, LVR-Dezernent für Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB; Sven Plöger, Moderator; Barbara Kaulhausen, Abteilungsleiterin Baumaßnahmen des LVR; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Bärbel Busch, Leiterin der Stabsstelle Umwelt, Energiebericht, Klimaschutz, BauControlling des LVR



Die Begründung der Jury

Die Begrünung von Dachflächen birgt große Potenziale, um vor allem in bestehenden, verdichteten Siedlungsgebieten einen Beitrag zur Klimaanpassung zu leisten. Der Landschaftsverband Rheinland greift dieses Potenzial bei anstehenden Dachsanierungen bzw. einer entsprechenden Dachausführung im Neubau mit der konsequenten Begrünung seiner großflächigen Liegenschaften auf. Zugleich nutzt der Verband Synergien zwischen Klimaschutz und

Klimaanpassung, indem er geeignete Gründächer zusätzlich mit Solaranlagen ausstattet.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz, für den der Landschaftsverband Rheinland die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Die Preisträger der

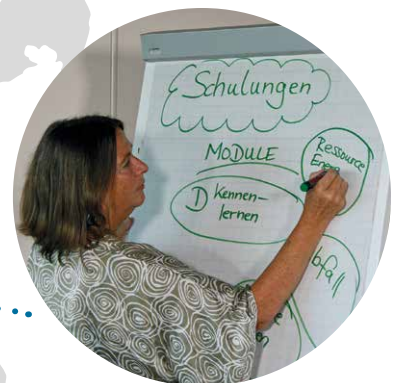
Kategorie 3

Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen

Erfolgreich umgesetzte Aktionen, um Menschen vor Ort zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und/oder Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu motivieren, z. B. kommunale Kampagnen oder spezifische Angebote.



*Ortsgemeinde
Schnorbach*



*Landkreis
Fürstenfeldbruck*



Stadt Marburg

Ortsgemeinde Schnorbach: Förderprogramm bringt Energieeinsparung im ganzen Dorf

Projekt	Beratungs- und Förderangebot zur privaten Energieeinsparung in einer kleinen Kommune
Ziele	Energieverbrauch in der Gemeinde senken; Bürgerinnen und Bürger bei Investitionen zu privaten Energiesparmaßnahmen über ein Förderprogramm unterstützen; auf die Themen Klimaschutz und Energieverbrauch aufmerksam machen
Kooperationspartner	Klimaschutzmanagement Rhein-Hunsrück-Kreis, Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
Zeitraumen	2015 bis 2017
Angebot/Aktion	Beratung und Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung in Privathaushalten; öffentlichkeitswirksame Aktionen, um auf die „Schnorbacher Förderrichtlinie“ aufmerksam zu machen
CO ₂ -Vermeidung	Insgesamt ca. 87 Tonnen CO ₂ -Emissionen pro Jahr

Universitätsstadt Marburg: Klimaschutzbecher to go

Projekt	Idee und Umsetzung von umweltfreundlich produzierten, vielfach nutzbaren „Klimaschutzbechern“ in Marburg
Ziele	Bürgerinnen und Bürger für die negativen Auswirkungen auf Klima und Umwelt durch die Nutzung von Einweg-Kaffeebechern sensibilisieren und sie alternativ zur Nutzung von nachhaltigen Mehrwegbechern motivieren
Kooperationspartner	Verschiedene Gastronomiebetriebe und die Produktionsfirma der Klimaschutzbecher
Zeitraumen	2015 bis 2017
Angebot/Aktion	Kampagne/Öffentlichkeitsarbeit, um auf die klimaschädlichen Ressourcen- und Energiebilanzen von Einweg-Kaffeebechern aufmerksam zu machen und mit dem nachhaltig produzierten „Marburger Klimaschutzbecher“ eine Alternative aufzuzeigen
CO ₂ -Vermeidung	Wenn es gelingt, den Verbrauch von Einwegbechern in Marburg um 40 Prozent zu reduzieren, lassen sich pro Jahr ca. 21 Tonnen CO ₂ einsparen.

Landkreis Fürstenfeldbruck: Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren

Projekt	Schulungsangebot für Geflüchtete zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen im Alltag
Ziele	Bewusstseinsbildung und Motivation von Geflüchteten zu einem sparsamen Verbrauch von Energie, Wasser und Wertstoffen; Orientierungshilfen für den Alltag; Akzeptanz und Teilhabe an der Gesellschaft
Kooperationspartner	Zusammenarbeit mit einem breiten Netzwerk verschiedener Akteure, u.a.: soziale Einrichtungen, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Asylkoordinatoren der Gemeinden, Medienzentrum München, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V. (ejsa), Umweltministerium Bayern
Zeitraumen	Seit Januar 2016
Angebot/Aktion	Praxisorientiertes Schulungsangebot für Geflüchtete in interkulturellen Gruppen mit unterschiedlichen Modulen zum Klima- bzw. Ressourcenschutz in Deutschland; Ausbildung von „Multiplikatoren“ für Klima- und Ressourcenschutz in Flüchtlingsunterkünften

Förderprogramm bringt Energieeinsparung im ganzen Dorf



Ortsgemeinde Schnorbach

Rhein-Hunsrück-Kreis

Rheinland-Pfalz
Einwohnerzahl ca. 250



Ihr Ansprechpartner zum Projekt

Bernd Kunz
Ortsbürgermeister
Ortsgemeinde Schnorbach

Telefon 06764 302256
E-Mail ortsgemeinde@schnorbach.de

Energieeffizienz fördern, Klimaschutz stärken



Finanzielle Förderung für Bürgerinnen und Bürger



Gemeinsame Planung des Förderprogramms

Seit 2014 verpachtet die Ortsgemeinde Schnorbach im Rhein-Hunsrück-Kreis Gemeindeflächen an einen Betreiber von zwei Windkraftanlagen. Was aber sollte mit den erwirtschafteten Pachtgeldern geschehen? Im Gemeinderat entstand früh die Idee, einen Teil der Einnahmen in einen „Fördertopf“ fließen zu lassen, um Bürgerinnen und Bürger bei persönlichen Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs zu unterstützen und damit das Geld „aus dem Klimaschutz wieder in den Klimaschutz“ zu investieren.

Effektiv, leicht umsetzbar und für jedermann verständlich – das waren die Vorgaben für die Schnorbacher Förderrichtlinie. Außerdem sollten alle Bürgerinnen und Bürger, die für den Klimaschutz aktiv werden wollten, von der Förderung profitieren können – egal ob Mieterin und Mieter oder Hausbesitzerin und Hausbesitzer. Neben der konkreten Unterstützung bei privaten Energiesparmaßnahmen sollte das Fördermodell auch die Akzeptanz von Klimaschutz und erneuerbaren Energien in der Bevölkerung steigern und einen Vorbildcharakter für andere Gemeinden in der Region – mit zum Teil ähnlichen Einnahmequellen – entwickeln.

Von der Idee zur Förderung

Ausgangspunkt der Überlegungen, in Schnorbach ein kommunales Förderprogramm aufzulegen, war die Klimaschutz-Kampagne „Rhein-Hunsrück spart Strom“ des Klimaschutzmanagements im Kreis. Diese Aktion bewarb die aufsuchende Energieberatung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

Die Erfahrungen und Netzwerke aus diesem Projekt bildeten die Grundlage, um in Schnorbach eine eigene Förderstrategie zu entwickeln. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hatte mit ihrem Programm „Energieberatung im Quartier“ ein Beratungskonzept erstellt, das den Vorstellungen des Schnorbacher Gemeinderats bereits nahe kam und gut auf die dörflichen Strukturen angepasst werden konnte. In einem Gremium bestehend aus Ortsbürgermeister und weiteren sechs Mitgliedern des Gemeinderats, dem Klimaschutzmanager des Rhein-Hunsrück-Kreises sowie Vertreterinnen und Vertretern der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz wurde 2015 das breit gefächerte „Schnorbacher Modell“ zur Förderung von Energieeinsparung entwickelt und anschließend vom gesamten Gemeinderat einstimmig beschlossen.



Windenergie bringt Geld in die Gemeindekasse

Bürgerfreundliche Förderrichtlinie

Die Schnorbacher Förderrichtlinie bietet den Bürgerinnen und Bürgern viele Möglichkeiten, von „kleinen“ Zuschüssen bis hin zur Unterstützung bei hochinvestiven Maßnahmen: Als niedrigschwellige Einstiegsmaßnahme können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger den Eigenanteil der Kosten einer aufsuchenden Energieberatung (20 Euro) von der Gemeinde erstatten lassen. Die Anschaffung eines energieeffizienten Kühlschranks oder anderer „Weißer Ware“, wie einer sparsamen Waschmaschine, wird mit 100 Euro bezuschusst. Die Neuinstallation einer Photovoltaik-(PV-)Anlage oder einer thermischen Solaranlage, die Anschaffung eines Batteriespeichers, eine fachgerechte Gebäudedämmung, der Einbau einer Wärmepumpenheizung oder eines Holzpellet-Heizkessels können mit bis zu 2.500 Euro pro Maßnahme aus dem kommunalen Fördertopf unterstützt werden. Die Höchstfördersumme liegt bei maximal 6.000 Euro pro Haushalt. Für die Errichtung eines kompletten Passivhauses in Schnorbach kann die Höchstfördersumme pauschal ausgezahlt werden.

Ziel war es, möglichst viele Schnorbacher Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, das Förderprogramm zu nutzen. Deshalb wurde die Richtlinie einfach und unbürokratisch gestaltet. Dazu gehört, dass die Zuschüsse ohne vorherige Anträge und bürokratische Hürden abgewickelt werden können. Bis zu einer Summe von 500 Euro kann der Bürgermeister eine Fördermaßnahme direkt anweisen, bei höheren Beträgen wird in nicht öffentlichen Gemeinderatssitzungen entschieden. Auch die Gemeinde selbst geht mit gutem Vorbild voran: Sie plant einige Maßnahmen zum Klimaschutz, wie den Bau einer Photovoltaik-Anlage mit Batteriespeicher für die Straßenbeleuchtung oder die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik.

Schon sehr früh hat die Gemeinde ihre Bürgerinnen und Bürger auf die geplante Förderung hingewiesen. Bereits vor dem Beschluss zur Umsetzung lud sie zu einer Informationsveranstaltung ein. Anschließend folgte eine breite Öffentlichkeitsarbeit: Bereit standen Infomaterialien der Verbraucherzentrale, die in einer eigens gestalteten Stofftasche mit dem Logo der Kampagne an alle Haushalte im Ort verteilt wurden. Weitere begleitende, öffentlichkeitswirksame Klimaschutz-Aktionen zur Bekanntmachung der Richtlinie waren zum Beispiel die Aktion „Die Stromdetektive“, ein gemeinsam mit der Ener-



Aufsuchende Energieberatung



Förderung von PV-Anlagen

gieagentur durchgeführtes Kinderbildungsprojekt zum Klimaschutz, und der „LED-Tauschtag“, hier konnten Bürgerinnen und Bürger herkömmliche Leuchtmittel kostenlos gegen Energiesparlampen tauschen.

Positive Resonanz über die Gemeindegrenzen hinaus

Das „Schnorbacher Modell“ ist bei den Menschen im Ort gut angekommen. Vor Beginn der Aktion gab es häufig geäußerte Befürchtungen, die finanzielle Förderung würde lediglich einen „Mitnahmeeffekt“ herbeiführen. Dies kann anhand der Bilanz klar widerlegt werden: Im Projektzeitraum (Stand November 2017) wurden rund 66.000 Euro Fördergelder abgerufen, die Investitionen der Bürgerinnen und Bürger lagen bei etwa 323.000 Euro für Maßnahmen zur Energieeinsparung und damit zum Klimaschutz. Durch diese Maßnahmen können jährlich etwa 87 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Besonders stark nachgefragt wurden die aufsuchenden Energieberatungen: Rund 45 Haushalte in Schnorbach nahmen diese Möglichkeit in Anspruch, was einem Anteil vom fast 50 Prozent aller Haushalte



Strahlkraft über Schnorbach hinaus

*Kleine Kommune
bietet große Anreize
für Energiesparer*

im Ort entspricht. Auch die Förderung beim Austausch von energieintensiver „Weißer Ware“ gegen deutlich effizientere Kühlschränke, Waschmaschinen etc. wurde intensiv abgerufen. Besonders viele Förderanträge konnten beim fachgerechten Austausch von Fenstern und Türen genehmigt werden. Neben den messbaren Energieeinsparungen konnte ein weiteres Ziel des Projekts erreicht werden: die Sensibilisierung für das Thema Klimaschutz und die Motivation, mit geeigneten Maßnahmen im privaten Umfeld selbst aktiv zu werden.

Mittlerweile gibt es einige Nachahmer: Neun Ortsgemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis haben auf Basis des Schnorbacher Fördermodells eigene Richtlinien beschlossen, und weitere Ortsgemeinden beabsichtigen die Einführung einer solchen Richtlinie. Die Nachbarverbandskommune Simmern mit 32 Gemeinden hat Teile der Richtlinie übernommen. Auch überregional findet das Konzept

Beachtung, so hat die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen im Landkreis Mainz-Bingen eine ähnliche Förderrichtlinie verabschiedet. Durch den modularen Aufbau, von der Förderung der gering-investiven Maßnahmen bis zur Passivhausförderung, ist die Richtlinie auch für Gemeinden geeignet, die nur über geringe Haushaltsmittel verfügen.

Das „Schnorbacher Modell“ zeigt exemplarisch die vorbildliche Klimaschutzarbeit, die im gesamten Rhein-Hunsrück-Kreis geleistet wird. Das ehrgeizige Ziel des Kreises – bis zum Jahr 2020 ein bilanzieller „Null-Emissions-Kreis“ in den Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Abfall zu sein – rückt so Schritt für Schritt näher.



Infoveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger



Stromdetektive im Einsatz

Drei Fragen an den Ortsbürgermeister von Schnorbach, Bernd Kunz



Welche Rolle spielt das Projekt „Förderprogramm bringt Energieeinsparung im ganzen Dorf“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Das Projekt spielt eine ganz wichtige Rolle im Ort. Wegen der großen Resonanz wurde jetzt die Förderrichtlinie um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2018 verlängert. Die Aktivitäten sorgten zunächst für einigen Gesprächsstoff in der Bevölkerung: „Ich bekomme Geld von der Gemeinde für einen neuen Kühlschrank, neue Fenster oder eine Photovoltaik-Anlage?“ Nachdem die erste Photovoltaik-Anlage installiert und die ersten Fenster ausgetauscht wurden, animierte dies immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen. Mittlerweile haben die Bürgerinnen und Bürger über 323.000 Euro in den Klimaschutz investiert. Für einen kleinen Ort mit rund 250 Einwohnern ist das eine erhebliche Summe. Auch die Berichterstattung über unseren Ort, von Artikeln in der regionalen Presse bis hin zu einem Bericht im SWR-Fernsehen über unsere Energiesparmaßnahmen oder das Interesse aus dem Umweltministerium des Landes, trägt dazu bei, unseren Ort positiv darzustellen. Besonders erfüllt es mich mit Stolz und Freude, dass immer mehr Kommunen in der Region unserem Beispiel folgen und auch Initiative für den Klimaschutz ergreifen. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass solche Maßnahmen die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber der Windkraft deutlich

steigern. Der Bürger sieht, dass Pachteinnahmen aus Windkraftanlagen direkt für die Energiewende vor Ort verwendet werden.

Wo ist Schnorbach noch für das Klima aktiv?

Wir versuchen, im Ort ein ganzheitliches Konzept, von der Begeisterung der Kinder und Jugendlichen bis hin zu eigenen Maßnahmen der Gemeinde, zu verwirklichen. So soll im nächsten Jahr die Straßenbeleuchtung im Zuge der Erneuerung der Ortsdurchfahrt auf LED-Technik umgestellt werden. Auch haben wir als Ausgleichsmaßnahme für den Bau der Windräder eine Waldfläche für 25 Jahre aus der Bewirtschaftung genommen. Diese Fläche dient jetzt quasi als CO₂-Speicher.

Wie verwendet Schnorbach das Preisgeld von 25.000 Euro?

Eine gemeindeeigene Photovoltaik-Anlage befindet sich derzeit im Bau. Diese soll dann mittels Speicherbatterie die Stromversorgung des Gemeindehauses und der Straßenbeleuchtung sicherstellen. Wir erwarten eine Autarkiequote von rund 75 Prozent. Dieses Konzept wurde von der Ortsgemeinde Horn, ebenfalls Rhein-Hunsrück-Kreis, bereits erfolgreich erprobt.



Das Team aus Schnorbach mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Michaela Liesch-Klöckner, 1. Beigeordnete, Ortsgemeinde Schnorbach; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Matthias Schubach, Gemeinderat, Ortsgemeinde Schnorbach; Werner Wayand, Gemeinderat, Ortsgemeinde Schnorbach; Markus Menebröcker, Gemeinderat, Ortsgemeinde Schnorbach; Bernd Kunz, Ortsbürgermeister Schnorbach; Frank-Michael Uhle, Klimaschutzmanager des Rhein-Hunsrück-Kreises; Sven Plöger, Moderator; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Die Begründung der Jury

Mit einem zielgerichteten Förderprogramm bietet die Ortsgemeinde Schnorbach ihren Bürgerinnen und Bürgern finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen. Getragen wird es durch Einnahmen der Gemeinde aus der Verpachtung kommunaler Flächen für Windkraftanlagen. Das Fördermodell steigert die Akzeptanz von Klimaschutz und erneuerbaren Energien in der

Bevölkerung und hat Vorbildcharakter für andere Gemeinden in der Region.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Ortsgemeinde Schnorbach die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Klimaschutzbecher to go



Universitätsstadt Marburg

Kreisstadt,
Landkreis Marburg-Biedenkopf

Hessen
Einwohnerzahl ca. 74.000



Ihr Ansprechpartner zum Projekt

Achim Siehl
Universitätsstadt Marburg – Klimaschutzbeauftragter,
Fachdienst Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe

Telefon 06421 2011549
E-Mail achim.siehl@marburg-stadt.de

Weniger Abfall, mehr Klimaschutz



Einwegbecher belasten Klima und Umwelt



Der Klimaschutzbecher präsent im Stadtbild

Dass Einwegbecher eine große Belastung für die Umwelt sind und in vielen Städten die Abfalleimer überquellen lassen, steht außer Frage. Marburg hat das Problem erkannt und bietet mit dem „Marburger Klimaschutzbecher“ eine umweltfreundliche Alternative für „To go-Getränke“. Der „Klimaschutzbecher“ ist ein nachhaltig produzierter Mehrwegbecher und zentraler Bestandteil einer Öffentlichkeitskampagne der Universitätsstadt Marburg, um auf die klima- und umweltrelevante Problematik von Einweg-Getränkebechern aufmerksam zu machen. Die Aktion soll zeigen, wie man mit einer kleinen Verhaltensänderung im Alltag aktiv zum Klimaschutz beitragen kann. Der speziell designte „Klimaschutzbecher“ sollte zudem im Stadtbild präsent sein und so den Klimaschutz auch symbolisch in der Stadtgesellschaft verankern.

Vor allem Kaffee – als beliebtestes Heißgetränk in Deutschland – wird heutzutage gerne „to go“ konsumiert: Nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe gehen in Deutschland aktuell pro Jahr etwa drei Milliarden Einwegbecher über die Ladentheken. Bei der Herstellung der jährlich verbrauchten Becher entstehen CO₂-Emissionen von ca. 100.000 Tonnen, hinzu kommt ein hoher Energieaufwand für die Entsorgung.

Von der Idee zur Kampagne: Mehrweg statt Einweg

Die Idee zum Projekt „Marburger Klimaschutzbecher“ entstand 2015 im Fachdienst Klimaschutz, als in vielen Medien das Ausmaß der Ressourcen-

verschwendung durch den massenhaften Gebrauch von Einwegbechern thematisiert wurde. Mit dem Projekt spricht die Stadt zwei Zielgruppen explizit an: zum einen die Anbieter von „Coffee-to-go“ und zum anderen die Konsumenten. In einem ersten Schritt wurden gezielt lokale Gastronomiebetriebe und Bäckereien, also die Verteiler von „Coffee-to-go“-Angeboten, über das geplante Vorhaben informiert. Mithilfe eines eigens dafür entwickelten Fragebogens wollte die Stadt zunächst erfahren, unter welchen Bedingungen sich möglichst viele Betriebe an der Aktion beteiligen würden. Nach Auswertung der Rückläufe gab es eine erste Testphase, bei der eine kleine Stückzahl der „Klimaschutzbecher“ zunächst auf Kosten der Universitätsstadt Marburg produziert und kostenlos an interessierte Gastronomiebetriebe ausgegeben wurde.

Bei der Herstellung für die Mehrwegbecher hatte die Stadt klare Vorstellungen und hohe Ansprüche an Materialien und Produktionsbedingungen. Denn



Intensive Planungsphase



Startschuss im neuen Design

*Klima- und
Ressourcenschutz
durch Coffee to go
im Mehrwegbecher*

eines war den Initiatoren der Aktion von Anfang an besonders wichtig: Nur ein wirklich ökologisch nachhaltig und ressourcenschonend produzierter Kaffeebehälter kann als „Klimaschutzbecher“ in Frage kommen. Nach intensiven Recherchen wurde ein hessisches Unternehmen für die Produktion gewonnen, das die Kaffeebehälter aus natürlichen Rohstoffen und biologisch abbaubar in der Region herstellt.

Erste Testphase ein voller Erfolg

Im März 2016 verteilte Marburg die ersten 570 „Klimaschutzbecher“ an neun teilnehmende Gastronomiebetriebe mit insgesamt 19 Filialen im Stadtgebiet, die diese kostenlos an ihre Gäste und Kunden abgaben. Die Aktion wurde von einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet: Dazu gehörten beispielsweise ein Pressetermin in einer teilnehmenden Bäckerei, thematisch gestaltete Poster und Informationskarten zu den negativen Auswirkungen der Nutzung von Einwegbechern. Über die Kampagne wurde zudem in den sozialen Netzwerken informiert. Das Interesse an dem Projekt war sowohl von Seiten der Bürgerinnen und

Bürger als auch der Medien sehr hoch. Über den „Marburger Klimaschutzbecher“ wurde in verschiedenen Printmedien und Internetportalen sowie in allen großen hessischen Radiosendern und im Hessischen Rundfunk (TV) berichtet.

Die Resonanz auf das Angebot einer nachhaltigen Alternative zu „Wegwerfbechern“ war so groß, dass bereits kurz nach Einführung der ersten Charge 640 zusätzliche „Klimaschutzbecher“ produziert wurden und elf weitere Gastro-Unternehmen in Marburg sich entschlossen, an der Aktion teilzunehmen. Die Kommune gab die Becher wiederum kostenlos an die Betriebe ab, jedoch wurden sie den Kunden nun für drei Euro angeboten. Dadurch sollte der „Wert“ des Bechers für die Nutzenden gesteigert und so ein kontinuierlicher Gebrauch gefördert werden. Der Erlös floss nicht in die Kassen der teilnehmenden Unternehmen, sondern kam einem Hilfsprojekt des Marburger Vereins „Terra Tech“ zugute, das sich u.a. für die Opfer bereits eingetretener Folgen des Klimawandels auf den Philippinen einsetzt.

Nach dem erfolgreichen Start des Projekts kontaktierte die Stadt im Herbst 2016 erneut alle für die Kampagne relevanten Gastronomiebetriebe in Marburg, um sie zur Teilnahme an einer weiteren „Becherrunde“ zu motivieren. Ziel war diesmal jedoch, dass nicht die Kommune die Kosten für die Produktion der Becher trägt, sondern die Unternehmen selbst und das Projekt so Stück für Stück von den Gastrobetrieben weitergeführt werden kann. Im Gegenzug konnten die teilnehmenden Betriebe ihre Ideen und Vorschläge bezüglich eines neuen Designs für die Becher einbringen. Mit einer Sammelbestellung wurden 1.500 der inzwischen neu gestalteten „Klimaschutzbecher“ produziert, die ohne finanzielle Unterstützung der Stadt zum Selbstkostenpreis von 3,50 Euro den Kunden und Gästen angeboten wurden.

Aktion gelungen, Nachahmer gefunden

Im Zeitraum von März 2015 bis Februar 2017 haben sich insgesamt 34 Gastronomiebetriebe am Projekt „Marburger Klimaschutzbecher“ beteiligt. In der Zeit wurden etwa 2.700 Mehrwegbecher in 55 Filialen – z.T. sehr unterschiedlicher Betriebe – angeboten: So beteiligten sich kleine Cafés und Konditoreien genauso wie überregionale Bäckereiketten, ein Kino, Tankstellen, der Hofladen einer Selbsthilfeorganisation, die Bistros eines gemeinnützigen Jugendkompetenznetzwerks, die Marburger Tourist-Information, das Studentenwerk der Philipps-Universität oder eine Schulmensa. Die Universitätsstadt Marburg hat die Testphase des Projektes mit rund 5.000 Euro aus dem kommunalen Haushalt finanziert.

Die Aktion hat für ein überregionales Interesse gesorgt und bereits Nachahmer gefunden: Viele Kommunen haben sich beim Fachdienst Klimaschutz in Marburg zum Projekt „Klimaschutzbecher“ informiert. Ganz konkret wurde es in der Gemeinde Buchholz in der Nordheide. Diese hat das Konzept – nach einer Beratung durch die Universitätsstadt Marburg – übernommen und den „Buchholzer Klimaschutzbecher“ eingeführt.

Interesse zeigten außerdem Gastronomieunternehmen in anderen Städten, die ihre kommunalen Verwaltungen zur Initiierung ähnlicher Aktionen motivieren möchten.



Kaffee Genuss und Klimaschutz

Das Beispiel der „Klimaschutzbecher to go“ verdeutlicht anschaulich, wie jeder durch eine kleine Änderung der Alltagsgewohnheiten bereits einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Die Aktion zeigt zudem, wie die Kommune die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich zu Klimaschutzmaßnahmen motivieren kann. Die Weiterführung des Projekts durch die Gastronomiebetriebe verstetigt schließlich die Initiative der Stadt, die auch in Zukunft das Projekt aktiv begleiten und unterstützen wird.

Drei Fragen an den Bürgermeister von Marburg, Wieland Stötzel



Welche Rolle spielt das Projekt „Klimaschutzbecher to go“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Der „Marburger Klimaschutzbecher“ ist natürlich nur eines von vielen Klimaschutzprojekten in der Universitätsstadt. Das Projekt unterscheidet sich von einigen anderen Projekten vor allem durch die enorme mediale Aufmerksamkeit und den auffällig großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Der „Marburger Klimaschutzbecher“ hat es geschafft, weit über die kommunalen Grenzen hinaus die Aufmerksamkeit der Menschen auf das Thema Ressourcenverschwendung und Klimaschutz im Alltag zu lenken.

Wo ist Marburg noch für das Klima aktiv?

In dem integrierten Klimaschutzkonzept von 2011 hat die Universitätsstadt Marburg das Ziel festgelegt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 im Bereich Strom und Wärme gegenüber 2009 zu halbieren. Dies soll durch Energieeinsparung, erhöhte Energieeffizienz, die energetische Sanierung von Gebäuden und den Ausbau erneuerbarer Energien erfolgen. Seitdem wurden bereits viele erfolgreiche Projekte initiiert.

Über Informationskampagnen und Zuschüsse werden Bürgerinnen und Bürger motiviert, alte Heizungssysteme zu modernisieren, Gründächer anzulegen, Solarmodule zu installieren oder klimafreundliches Verhalten in verschiedene Alltagssituationen zu integrieren. Genauso gibt es Bemühungen,

das Nutzerverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung klimafreundlicher zu gestalten.

Daneben werden im Bereich Mobilität CO₂-Emissionen eingespart durch die Anschaffung von Fahrzeugen mit klimafreundlichen Antriebssystemen oder die Nutzung von Carsharing-Fahrzeugen durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es werden städtische Gebäude energetisch saniert und auf klimafreundliche Heizsysteme umgestellt und Investitionen in erneuerbare Energien getätigt.

Wie verwendet Marburg das Preisgeld von 25.000 Euro?

Das Preisgeld soll unter anderem in die Anschaffung von weiteren Klimaschutzbechern fließen, da seit kurzem alle Marburger Neubürgerinnen und Neubürger Gutscheine für einen kostenlosen Klimaschutzbecher erhalten. Ebenso soll das Projekt durch eine Werbekampagne weiter unterstützt werden.

Ein weiterer Teil des Preisgeldes soll für Klimaschutzprojekte in der philippinischen Stadt Muñoz investiert werden, mit der die Universitätsstadt Marburg eine Klimaschutzpartnerschaft vereinbart hat.



Das Team aus Marburg mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.

Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Marion Kühn, Leiterin des Fachdienstes Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe der Universitätsstadt Marburg; Wieland Stötzel, Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg; Achim Siehl, Klimaschutzbeauftragter der Universitätsstadt Marburg; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Sven Plöger, Moderator; Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Die Begründung der Jury

Der „Klimaschutzbecher to go“, ein nachhaltig produzierter Mehrwegbecher, ist zentraler Bestandteil einer Kampagne der Stadt Marburg, um auf die Umweltbelastung und Ressourcenverschwendung durch Einweg-Getränkebecher aufmerksam zu machen. Die Aktion motiviert die Nutzerinnen und Nutzer, mit einer kleinen Verhaltensänderung im Alltag aktiv zum Klimaschutz beizutragen.

Langfristig soll sich die Kampagne in den Gastronomie- und Bäckereibetrieben der Stadt etablieren und verselbstständigen.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Stadt Marburg die Auszeichnung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ erhält.

Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren



Landkreis Fürstenfeldbruck

Bayern
Einwohnerzahl ca. 215.000



Ihre Ansprechpartnerin zum Projekt

Birgit Baidl
Landkreis Fürstenfeldbruck
Asylbewerberunterbringung – Ressourcenmanagement

Telefon 08141 519494
E-Mail birgit.baidl@lra-ffb.de

Nachhaltige Ressourcennutzung erlernen und erleben



Wichtiges Schulungsthema: Mülltrennung



Integration fördern

Deutschland als „Land des Überflusses“ – so wird es häufig von Asylbewerberinnen und -bewerbern oder Geflüchteten wahrgenommen. Um zu vermitteln, dass Klima- und Ressourcenschutz auch hier wichtig sind und verantwortungsbewusst mit Energie, Wasser und verwertbaren Stoffen umgegangen werden muss, hat der Landkreis Fürstenfeldbruck mit „Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren“ ein praxisnahes Schulungsprojekt entwickelt.

Wie wird im Herkunftsland und in Deutschland Energie erzeugt und wie wird das Klima dadurch beeinflusst? Weshalb wird Müll getrennt und wiederverwertet? Wie kann man durch das eigene Verhalten aktiv zum Ressourcen- und Klimaschutz beitragen? Im Projekt werden Antworten gemeinsam erarbeitet und Ideen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie, Wasser und Wertstoffen entwickelt. Insbesondere junge Geflüchtete werden mithilfe eines modularen Schulungsmodells in interkulturellen Gruppen zu einer verantwortungsvollen Ressourcennutzung ausgebildet und damit auch ein Stück weit auf dem Weg in die für sie neue Gesellschaft unterstützt.

Klima- und Ressourcenschutz als gemeinsame Werte

Der Klima- und Umweltschutz spielt im Landkreis Fürstenfeldbruck eine wichtige Rolle. Daher war es naheliegend, ein Programm zu entwickeln, um auch

Geflüchtete als „neue Zielgruppe“ für diese Themen zu begeistern und „mitzunehmen“. Initiiert wurde das Projekt von der eigens eingerichteten Stelle „Ressourcenmanagement in Asylunterkünften“ im Landratsamt. Ausgangspunkt war das Jahr 2015, in dem der oberbayerische Landkreis, ebenso wie viele andere Kommunen in Deutschland, verstärkt die große Aufgabe der Aufnahme von Menschen auf der Flucht zu bewältigen hatte. Zunächst stand die Unterbringung von rund 3.000 Menschen als größte Herausforderung im Fokus der Landkreisverwaltung. Für die Akzeptanz der Geflüchteten ist es wichtig, dass diese die Werte der aufnehmenden Gesellschaft kennen, verstehen und teilen. Das gilt auch für den Umgang mit Ressourcen oder bei Fragen des Klimaschutzes.

Viele Geflüchtete kommen nicht nur aus anderen Kulturkreisen, sondern häufig auch aus Gebieten mit andersartigen klimatischen und naturräumlichen Gegebenheiten. Damit einher geht eine



Effizient heizen

unterschiedliche Verfügbarkeit und Nutzung von Ressourcen im Vergleich zu Deutschland. Effizientes Heizen und Lüften, der sparsame Umgang mit Energie und Wasser oder die Wiederverwertung von Abfällen sind daher für viele Geflüchtete Themen, die sie sich erarbeiten und im „neuen“ Alltag verankern müssen.

Wissen erarbeiten und mit anderen teilen

Das Schulungsprogramm ist niedrigschwellig und alltagsbezogen konzipiert. Wichtigste Voraussetzung für eine Teilnahme: Eigeninitiative! Die künftigen „Klima- und Energieexperten“ müssen sich für das Projekt persönlich oder per E-Mail bewerben. Deutschkenntnisse sind keine Bedingung, dafür aber Motivation und Neugierde. Das Bildungsangebot ist modular aufgebaut. In einem Grundmodul werden allgemeine Werte sowie Rechte und Pflichten in Deutschland vermittelt, um damit eine erste Orientierungshilfe zu geben. In den verschiedenen Fachmodulen erarbeiten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in moderierten, interkulturellen Gruppen aktiv und durch eigene Recherche Grundlagen zu den verschiedenen

Schulungsschwerpunkten, wie beispielsweise erneuerbare Energien, sparsamer Umgang mit Energie und Wasser oder das Trennen von Abfällen. Kommuniziert wird bereits von Anfang an auf Deutsch, teilweise auf Englisch und zur Not „mit Händen und Füßen“. Die ersten Schulungen wurden gemeinsam von Fachkräften des Landratsamtes und des Sozialverbandes Diakonie ausgearbeitet und durchgeführt. Sie bauen auf den Erfahrungen des Landratsamtes in der Asylbewerberunterbringung auf und werden laufend den aktuellen Bedürfnissen angepasst.

Der theoretischen Auseinandersetzung mit Aspekten des Klimaschutzes und der Ressourceneffizienz folgten jeweils eine Praxisphase und eine Exkursion. So wurden im Fachmodul „Energiespar-Experte“ Energieverbräuche von verschiedenen Elektrogeräten, zum Beispiel Heizlüftern oder Wasserkochern, gemessen und anschließend die Kosten berechnet sowie Einsparpotenziale gemeinsam überlegt. Die Exkursion führte zum Abschluss des Fachmoduls auf eine große Photovoltaik-Freiflächenanlage.

Im Fachmodul „Abfall vermeiden, Wertstoffe recyceln“ ging es um Fragen wie: Warum wird Abfall getrennt? Welche Stoffe können wiederverwertet werden? Was ist Altglas – was ist Pfand? Zur Veranschaulichung des komplexen Themas besuchten die Teilnehmenden das Abfallheizkraftwerk und einen Wertstoffhof im Landkreis. Im Fachmodul „Ressource Energie“ wurden Chancen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien speziell für Länder des globalen Südens erörtert, und es wurde gemeinsam eine kleine Solarstrom-Inselanlage in Form eines Schulungskoffers für Photovoltaik zusammengebaut.



Miteinander lernen in interkulturellen Gruppen



Was gehört in welche Tonne?

Kreativ wie effektiv sind die „Erklärvideos von Geflüchteten für Geflüchtete“: Gemeinsam mit fachlicher Unterstützung durch ein Medienzentrum konzipierten und realisierten die Geflüchteten Kurzvideos mit praktischen und alltagsbezogenen Tipps zum Klima- und Ressourcenschutz. Die Filme wurden in verschiedene Sprachen übersetzt und im Internet unter www.my-welcomeguide.de veröffentlicht.

Nach Abschluss des Schulungsprogramms erhielten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zertifikat und den Auftrag, ihr Wissen zum Ressourcen- und Klimaschutz an Familie, Freunde und



Bereit für Klima- und Ressourcenschutz

Integration durch
Umweltbildung

Peergroups weiterzugeben. Einige Teilnehmende arbeiten als „Multiplikatoren“ gegen eine kleine Aufwandsentschädigung beratend und unterstützend in den Asylunterkünften.

Vom Landkreis auf die Bundesebene

Bei der Umsetzung des Pilotprojekts „Ankommen und Verstehen“ arbeitete das Landratsamt Fürstenfeldbruck mit einem breiten Netzwerk von Akteuren und Partnern zusammen, unter anderem mit sozialen Verbänden, Vereinen, öffentlichen Einrichtungen und Fördermittelgebern. Hinzu kam ehrenamtliches Engagement aus der Bürgerschaft. Zahlreiche Presseberichte in überregionalen und regionalen Zeitungen sowie ein Fernsehbeitrag im Bayerischen Rundfunk informierten über das Schulungsprojekt für Geflüchtete.

Die Erfahrungen und Materialien flossen auch in das bundesweite Modellprojekt „Ressourcentag – gemeinsam aktiv in Asylunterkünften“ ein, bei dem das Landratsamt Fürstenfeldbruck Mitinitiator und Partner war. Finanziert wurde die deutschlandweite Aktion vom Bundesministerium des Innern. Mehr als 4.000 Geflüchtete mit hoher Bleibeperspektive nahmen an 180 „Ressourcentagen“ in Asylunterkünften im gesamten Bundesgebiet teil und wurden in eintägigen Schulungen

in die Themen Ressourcen- und Klimaschutz eingeführt. Zehn „Ressourcentage“ mit insgesamt über 250 Teilnehmenden und die Schulung für Trainerinnen und Trainer im süddeutschen Raum fanden im Landkreis Fürstenfeldbruck statt.

Mit dem Schulungsangebot für Geflüchtete erreicht der Landkreis eine neue und wichtige Zielgruppe, denn Menschen, die neu in den Landkreis kommen, tragen – genau wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger – Verantwortung für den schonenden Einsatz von Ressourcen wie Energie und Wasser. So kann ein Bewusstsein dafür im Landkreis erfolgreich weitergetragen und verankert werden.



Multiplikatoren tragen Wissen weiter

Drei Fragen an den Landrat des Landkreises Fürstentfeldbruck, Thomas Karmasin



Welche Rolle spielt das Projekt „Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren“ für die Klimaaktivitäten in Ihrer Kommune?

Der Landkreis Fürstentfeldbruck hat bereits im Jahr 2000 seine Ziele für eine Energiewende formuliert und unterstützt Bewusstseinsbildung und technische Vorzeigeprojekte mit Bürgerbeteiligung, um Anreize zum Energiesparen und zur Umstellung auf erneuerbare Energien zu geben. Die Menschen, die im Landkreis leben, tragen ihren Teil zum Erreichen der Energiewende bei. Deshalb liegt es nahe, auch Asylbewerberinnen und -bewerber und Flüchtlinge für Klima- und Ressourcenschutz zu sensibilisieren.

Wo ist der Landkreis Fürstentfeldbruck noch für das Klima aktiv?

Im Landkreis Fürstentfeldbruck gibt es ein Klimaschutzmanagement, das die Aufgabe hat, Projekte zur Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu entwickeln und umzusetzen. Das gemeinsame Klimaschutzkonzept des Landkreises und seiner Städte und Gemeinden hat hierzu einen Maßnahmenplan entwickelt. Sämtliche Lebensbereiche, in denen durch Ressourcen- und Energieverbrauch klimaschädliche Effekte entstehen, sind auch Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes, für die – in Zusammenarbeit mit Akteuren innerhalb des Landkreises wie beispielsweise dem Regionalmanagement, dem ÖPNV, der

Leitstelle Agenda 21, der Wirtschaftsförderung und der Abfallwirtschaft – Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Wichtigste Anliegen sind die Fortsetzung der regionalen Energiewende, eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung und die Förderung klimaverträglicher Lebensstile.

Wie verwendet der Landkreis Fürstentfeldbruck das Preisgeld von 25.000 Euro?

Das Preisgeld soll zur Verstärkung des Projektes „Ankommen und Verstehen“ eingesetzt werden, denn die Menschen, die als Asylbewerberinnen und -bewerber oder Flüchtlinge zu uns kommen, brauchen vielfältige Unterstützung, damit auch für sie gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Der Übergang aus den Gemeinschaftsunterkünften in die Arbeitswelt oder die eigene Wohnung ist eine große Herausforderung für Geflüchtete. Dabei werden wir sie weiterhin unterstützen und unsere Schulungen den jeweiligen Entwicklungen anpassen. Denn das Wissen zum Ressourcen- und Klimaschutz spielt in vielen Alltagssituationen eine wichtige Rolle: Als Mieter kann ich die Nebenkosten reduzieren, wenn ich Müll trenne und Energie spare. Auch ein nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln schont den Geldbeutel.



Das Team aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck mit Gratulanten bei der Preisverleihung in Berlin: v.l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Thomas Epp, Referatsleiter Personenstands- und Ausländerwesen, Landratsamt Fürstenfeldbruck; Jimmy Liu, Sachgebietsleiter Asylbewerberunterbringung, Landratsamt Fürstenfeldbruck; Birgit Baidnl, Asylbewerberunterbringung – Ressourcenmanagement, Landratsamt Fürstenfeldbruck; Landrat Thomas Karmasin; Sven Plöger, Moderator; Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium; Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Die Begründung der Jury

Der Landkreis Fürstenfeldbruck hat mit „Ankommen und Verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren“ ein Schulungsprogramm erarbeitet und durchgeführt, um nach Deutschland geflüchtete Menschen in interkulturellen Gruppen zu einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit Energie, Wasser oder Wertstoffen zu motivieren. Damit wird eine weitere Zielgruppe erreicht, um den Ressourcen- und Klimaschutz in

der Kommune weiter zu verankern. Gleichzeitig werden die Geflüchteten auf dem Weg in die für sie neue Gesellschaft unterstützt.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den der Landkreis Fürstenfeldbruck die Auszeichnung im Wettbewerb „Klima-aktive Kommune 2017“ erhält.

Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung

Immer stärker verankern Kommunen das Thema Klimaschutz in ihrem Aufgabenspektrum und setzen in ihrem Wirkungskreis zunehmend vorbildliche Maßnahmen um. Das Projekt „Klima-Praxis“ – Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung – beim Deutschen Institut für Urbanistik möchte diese positiven Prozesse befördern, Impulse aufnehmen und auf andere Kommunen übertragen. So sollen Kommunen bei den Anforderungen und Belangen des Klimaschutzes umfassend unterstützt werden, um die Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen erreichen zu können.

Hinter den Schlagworten Information, Motivation und Vernetzung stehen drei Kernziele:

- Klimaaktive Kommunen erhalten eine „Bühne“, um ihre vorbildlichen Aktivitäten bekannt zu machen und zu zeigen, welche Möglichkeiten Kommunen haben, den Klimaschutz voranzubringen.
- Replikationen guter Beispiele werden forciert und andere Kommunen entsprechend motiviert bzw. unterstützt, diese Ideen aufzugreifen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren.
- Kommunen werden stärker vernetzt, um Bedarfe und Herausforderungen sowie Zielsetzungen und Vorgehensweisen gemeinsam zu erörtern.

Wettbewerb

Kommunen, die besonders vorbildliche und effektive Maßnahmen im Bereich Klimaschutz oder

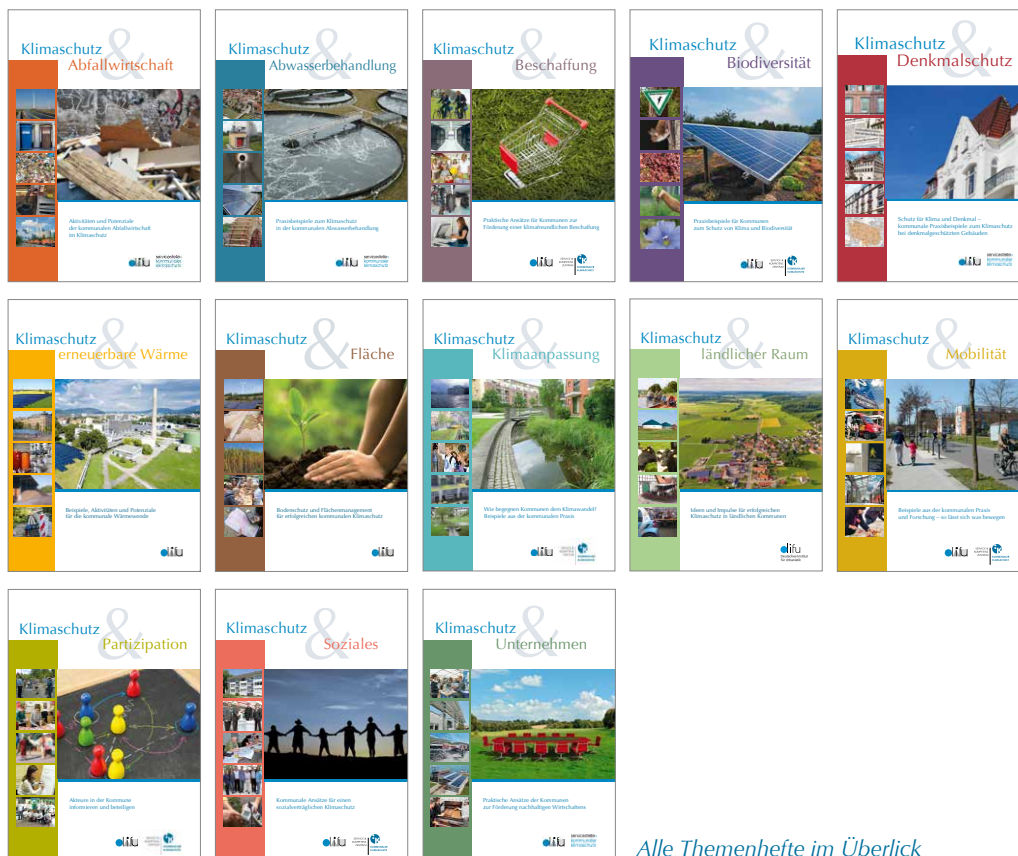
Klimaanpassung umgesetzt haben, können am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“) teilnehmen, bei dem jährlich Projekte mit Modell- und Vorbildfunktion ausgezeichnet werden. Neben dem Preisgeld von insgesamt 225.000 Euro verschafft eine Prämierung den Kommunen und ihren Klimaaktivitäten öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ausgelobt wird der Wettbewerb gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Veranstaltungen

Ganzjährig und deutschlandweit werden zahlreiche Fachveranstaltungen und Praxiswerkstätten zu unterschiedlichen Themen angeboten. Kommunen haben hier die Möglichkeit, sich praxisnah und auf Augenhöhe auszutauschen und profitieren so von den Erfahrungen andernorts. Zusätzlich lädt das Difu zusammen mit dem Bundesumweltministerium einmal im Jahr zu einer kommunalen Klimakonferenz ein, auf der auch die Preisträger im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ prämiert werden.

Arbeitskreis

Der Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz institutionalisiert den kontinuierlichen Austausch vorbildlicher und kreativer klimaaktiver Kommunen. Ziel ist es, Know-how zu bündeln, Erfahrungen zu reflektieren, neue Herausforderungen im



Alle Themenhefte im Überblick

kommunalen Klimaschutz zu identifizieren und anderen Kommunen wichtige Impulse für Klimaschutzaktivitäten zu geben. Im Arbeitskreis bringen Kommunalvertreterinnen und -vertreter ihre Erkenntnisse zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten ein und leiten daraus Empfehlungen für den kommunalen Klimaschutz ab, die veröffentlicht werden. Der Arbeitskreis bildet ein Netzwerk für den konkurrenzfreien Fach- und Erfahrungsaustausch zu allen Themen des Klimaschutzes.

Veröffentlichungen

Abgerundet wird das Angebot durch themenspezifische Veröffentlichungen. Kommunale Fachbeiträge und aufbereitete Praxisbeispiele informieren und regen zur Nachahmung an. Die Gewinner und ihre Projekte im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ werden seit 2009 jährlich in einer Dokumentation porträtiert. In regelmäßigen Abständen

erscheint eine neue Veröffentlichung in der Reihe Themenhefte, die als Online- und Printfassung kostenfrei erhältlich ist.

Alle Publikationen und Praxisbeispiele sowie Informationen zu den Veranstaltungen und dem Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ erhalten Sie unter www.klimaschutz.de.

Nationale Klimaschutzinitiative

Gefördert wird das Vorhaben „KlimaPraxis“ vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Mit der NKI initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Vorhaben, um Energie effizienter zu nutzen und Emissionen zu mindern. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen in Deutschland um mindestens 40 Prozent und bis 2050 sogar um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Bildnachweis

Hearts&Minds/Difu	Titel (oben, oben links, unten rechts), 12 (links, unten rechts), 14, 16, 17, 18, 20, 21 (oben), 22, 23, 27 (links), 28 (unten), 29 (unten links), 30, 32 (links, unten rechts), 34, 35 (oben links, unten), 37 (unten), 38, 40, 41 (unten), 42, 43 (oben), 46, 47 (oben rechts, unten), 49 (Mitte, unten), 52, 54, 55, 56 (oben), 57 (oben), 58, 60, 61 (oben links, unten), 63, 66-70
Anna-Kristin Jolk/Difu	Titel (rechts), 8 (unten)
Nicola Roman Walbeck/ Neusser Bauverein AG	Titel (unten links), 37 (oben)
BMUB/Susie Knoll	4
David Ausserhofer/Difu	5
Peter Himsel/Difu	6, 7, 8 (oben), 9-11, 19, 25, 31, 39, 45, 51, 59, 65, 71
Bergischer Abfallwirtschaftsverband	12 (oben rechts), 26, 27 (rechts), 28 (oben), 29 (oben, unten rechts)
Wolfgang Glück/ Stadtbauamt Neuötting	21 (unten)
Landwirtschaftskammer Niedersachsen	15 (oben links)
Landkreis Oldenburg	15 (oben rechts, unten)
Fotografie Fromberger Mühldorf	24
Hermann-Josef Schmitz/LVR	32 (oben rechts)
Stadt Neuss	35 (oben rechts), 36 (oben)
Stadt Pirmasens	41 (oben), 43 (unten), 44
Michael Schumann	47 (oben links)
Michael Jonas/LVR	48
Andreas Eggert/HANSA PROJEKT Elektro- und Informationstechnik West GmbH	49 (oben)

Heike Fischer/LVR	50
Sonja Schwarz/ Energieagentur Rheinland-Pfalz	56 (unten)
Ortsgemeinde Schnorbach	57 (unten)
Philipp Höhn/ Universitätsstadt Marburg	61 (oben rechts)
Tina Eppler/ Universitätsstadt Marburg	62
Universitätsstadt Marburg	64